

Aus Johannes Fallati's Tagebüchern und Briefen.

Ein Beitrag zur Geschichte des Jahres 1848, von K. Klüpfel.

Von den Mitgliedern jener denkwürdigen Versammlung, welche sich vor 37 Jahren vergeblich abmühte, Deutschland zu einer einheitlichen politischen Gestaltung zu verhelfen, haben im ganzen nur Wenige Aufzeichnungen über ihre Erlebnisse und Erwartungen hinterlassen, und auch ein kleiner Beitrag aus der Erinnerung eines mithandelnden Zeitgenossen dürfte willkommen sein. Ich erlaube mir daher, aus den Tagebüchern und Briefen meines 1855 verstorbenen Freundes Fallati (Professors der Geschichte und Statistik an der Universität Tübingen 1838—1855) einiges mitzuteilen. Zur Einleitung schicke ich kurze biographische Notizen voraus. Fallati entstammte einer italienischen Familie und wurde am 15. März 1809 in Hamburg geboren. Nach dem frühzeitigen Tode seines Vaters zog seine Mutter, eine geborene Gall aus Weil der Stadt (eine Verwandte des bekannten Schädellehrers) nach Stuttgart. Auf dem dortigen Gymnasium erhielt Johannes seine wissenschaftliche Vorbildung. Im Herbst 1823 bezog er die Universität Tübingen, später Heidelberg, um die Rechtswissenschaft zu studieren. Neben seinem Fachstudium war er sehr bemüht, mit verschiedenen Gebieten des allgemeinen Wissens sich vertraut zu machen, er trieb Philosophie, Geschichte, besonders die der Litteratur und Kunst, und neuere Sprachen. Die damals in Tübingen herrschende hegelische Philosophie zog ihn an und hatte wesentlichen Einfluß auf seine Weltanschauung. Herbst 1832 beendigte er seine Universitätsstudien und erstand die herkömmlichen juristischen Prüfungen mit Auszeichnung, erwarb sich auch den juristischen Doktorgrad und ging zu seiner weiteren Ausbildung auf Reisen. Nach Hause zurückgekehrt, machte er bei dem Stadtgericht zu Stuttgart als provisorischer Gerichtsaktuar den Anfang in der juristischen Praxis. Nach einigen Jahren aber betrat er die akademische Laufbahn, zunächst veranlaßt durch eine vom Minister Schlayer ausgegangene Anfrage, ob er nicht geneigt wäre, den in Tübingen neu errichteten Lehrstuhl der neueren Geschichte und Statistik vorläufig als beförderter Privatdozent zu übernehmen. Er trat sein Lehramt Herbst 1837 an, und wurde 1838 zum außerordentlichen, 1842 zum ordentlichen Professor ernannt.

Eine 1839 unternommene Reise nach Frankreich, England, Schottland und Irland, mit längerem Aufenthalt in Paris und London, förderte seine weitere Entwicklung sehr. Er richtete seine Aufmerksamkeit besonders auf die sozialistischen Bestrebungen und Vereine und brachte reiche Materialien für eine Geschichte des Sozialismus mit, die er zunächst für Vorlesungen benützte, welche großen Beifall fanden. Er war für den Beruf eines akademischen Lehrers in hohem Grad

begabt; er verfügte nicht nur über ein reiches Wissen, sondern war auch durch eine feine formelle Bildung befähigt seinen Vorrat geschickt zu verwerten, er sprach logisch geordnet mit elegantem Ausdruck und wohlklingender kräftiger Stimme. Überhaupt machte seine äußere Erscheinung einen angenehmen gewinnenden Eindruck. Einen eigentümlichen Reiz übte die Mischung deutscher Bildung mit anerbtem südlichem Feuer. Bei all dieser glänzenden Begabung ist es ihm doch nicht gelungen, durch seine Lehrthätigkeit die Erfolge zu erringen, welche alle die ihn kannten von ihm erwarteten. Vielleicht war es die vornehme Haltung, was die schwäbischen Zuhörer eher entfremdete als anzog, vielleicht mochte man ihm auch anfühlen, daß sein Interesse mehr auf die allgemeine Bildung und das öffentliche Leben, als auf die Wissenschaft gerichtet war und daß sein ganzes Herz doch nicht an der Lehrthätigkeit hänge und diese ihm auch nicht volle Befriedigung gewähre.

Die in den damaligen akademischen Kreisen Tübingens vorherrschende Strömung war nicht auf die Politik gerichtet. Litteratur, Philosophie und die darauf sich stützende theologische Kritik waren die vorwiegenden Interessen der jüngeren strebenden Geister. Soweit man sich vor dem Jahr 1848 mit Politik beschäftigte, war die weitere Ausbildung des konstitutionellen Lebens, eine ausgedehntere Beteiligung der Gebildeten an den öffentlichen Angelegenheiten das Ziel, das man erstrebte; der konstitutionelle Liberalismus, wie er sich damals in der Minorität der württembergischen Kammer durch Römer, Duvernoy und andere kundgab, war die maßgebende Richtung. Fallati hatte sich mit eigentlicher Politik bisher nicht befaßt, er bekannte sich daher auch nicht zu einer bestimmten politischen Richtung oder Partei. Erst die Bewegung des Jahres 1848, die ihn mächtig ergriff, klärte seine politischen Ansichten und gab ihm bestimmte Ziele. Eifrig beteiligte er sich gleich anfangs an den Besprechungen, zu welchen sich seine akademischen Kollegen zusammenfanden, er verkehrte auch mit Bürgern, besuchte öffentliche Versammlungen und trat als Redner auf, und zwar mit solchem Erfolg, daß er bald nächst Uhland der populärste Mann in Tübingen wurde. Um ein Bild von seiner Thätigkeit und den damaligen Zuständen in Tübingen zu geben, lassen wir ein Stück von Fallati's Tagebuch folgen.

„Montag, 28. Februar 1848. — Allgemeine Aufregung. Als ich um sechs Uhr in den Hörsaal trete, bringen mir die Studenten, ehe ich auf den Katheder stieg, ein neu angekommenes Extrablatt des Schwäbischen Merkurs mit der nun sichern Nachricht der zweifellosen Konstituierung der Republik und ihrer günstigen Aufnahme in Straßburg. Ich brachte dann diese Nachricht zu Uhlands mit, wo ich den Abend zum Thee war.

Dienstag, 29. Februar. — Man fängt an ernstlicher an die möglichen Folgen für Deutschland zu denken, d. h. zunächst an Krieg, von Frankreich ausgehend. Fast allgemein die Stimmung: man will sich schlagen, aber zugleich sich zu Hause sichern, daß man es nicht bloß für das Interesse der Fürsten thue.

Mittwoch, 1. März. Der Merkur bringt die Nachricht von der Mannheimer Volksversammlung vom 27ten, in welcher zuerst die vier Kardinalforderungen aufgestellt sind: Volksbewaffnung, Preßfreiheit, Schwurgerichte, deutsches Parlament. Wenn ich nicht irre, hatte die deutsche Zeitung schon früher daselbe gebracht. Als ich von Moriz Rapp herein um halb zwölf Uhr vormittags bei Uhlands Haus vorbeigehe, werde ich vom Fenster aus hinaufgerufen. Bei Uhland sind schon Reyfcher und Volz. Wir machen sogleich aus, daß am folgenden Tag in einer Versammlung eine Adresse an den ständischen Ausschuß vorgelegt werden soll, mit jenen vier Forderungen, außerdem Revision der Verfassung, Aufhebung der Beschränkungen von Vereinen und Versammlungen. Schwurgerichte nicht genannt, aber als Konsequenz freigelassen. Nachmittags bringt Hoffmann noch den Antrag auf Forderung der Selbständigkeit der Gemeinden. Um die polizeiliche Erlaubniseinholung nicht nötig zu haben, wird beschlossen, keine Anschläge zu machen, sondern nur unter Studenten und Bürgern zu verbreiten, daß am folgenden Tag um zwei Uhr Versammlung im Museumsaal sein werde, den ich als Direktor anbot, und dessen

Privateigenschaft als Lokal, das einer Gesellschaft gehöre, ich geltend zu machen versuchen wollte, falls die Stadtdirektion einschreiten möchte. Die Anordnungen wurden übrigens so getroffen, wie aus dem Obigen hervorgeht, daß sie die Sache ignorieren konnte, wenn sie wollte; denn es war sehr wünschenswert, jeden Zusammenstoß mit der Polizei in dieser Zeit der Erregung zu vermeiden. Autenrieth als Stadtrat trieb die Bürger zusammen, auch ich sprach mit einigen Bürgern; die Studenten waren unter sich selbst thätig: war doch von ihnen am Morgen des Tages der Anstoß zu der Adresse eigentlich ausgegangen. Einige hatten erst versucht, selbst eine solche zu machen, dann aber wandten sie sich an eine Anzahl Professoren, darunter auch mich (während ich eben bei Uhland war) und waren sehr zufrieden, als sie hörten, daß Uhland die Adresse zu verfallen übernommen habe.

Donnerstag, 2. März. Morgens acht Uhr Redaktionsitzung für die Adresse bei Uhland: Reyfcher, Volz, Haug, Hoffmann, ich. Zwei Störungen. Erst drängt sich Fichte ein, und zieht Schrader herbei; sie machen den Vorschlag einer Adresse an den König statt an den ständischen Ausschuß, d. h. Fichte thut es und stellt die Sache so dar, als ob dies viele Bürger und Studenten wollten; Schrader schloß sich ihm an. Darauf einzugehen war aber, obwohl wir fast alle an und für sich nichts dagegen gehabt hätten (wohl aber in der von Fichte gewünschten Form), deswegen unmöglich, weil der Erfolg des ganzen Schrittes auf's innigste mit Uhlands Namen und Wort zusammenhing, und er insbesondere mit Rücksicht auf die Sprache seiner schon entworfenen Adresse und nach seiner politischen Stellung überhaupt, sich weigerte, dieselbe an den König zu richten, so wie sie war, oder sie so zu ändern, daß sie an den König ebenfalls geschickt werden könnte, ohne die Schicklichkeit zu verletzen. Ein Vorschlag, die Adresse mit geringen Abänderungen an den König und den ständischen Ausschuß zugleich zu schicken, drang bei Uhland nicht durch. Glücklicherweise verstand sich nun Fichte dazu, von Geltendmachung seiner Meinung in der Versammlung abzustehen, und Schrader ergriff den Ausweg, nicht zu kommen: worauf sich dann auch von keiner Seite eine Einwendung in der Versammlung selbst dagegen erhob, daß die Adresse an den ständischen Ausschuß gehe. Vor der Versammlung übrigens hatten wir zufällig eine Senatsitzung, die nichts damit zu thun hatte; sie nahm den übrigen Vormittag ein. Als dann nach Tische die Verhandlung im Museum anfangen sollte, zeigte sich sogleich, daß der Saal ganz unzureichend für die Masse der Teilnehmer sei. Der Rektor (Gehring) ließ daher das Reithaus öffnen. Dies konnte, ohne Unannehmlichkeiten mit der Polizei zu verurursachen, geschehen, weil die Stadtdirektion inzwischen die Versammlung förmlich erlaubt hatte. Die zweite Störung in der Morgensitzung bei Uhland war nämlich gewesen, daß Frau Uhland erschien und meldete, der Stadtdirektor sei bei ihr und wünsche mich oder Uhland zu sprechen. Wir gingen beide hinauf. Es ergab sich nun, daß der Redakteur der Tübinger Chronik eine Aufforderung zu der Versammlung in sein Blatt aufgenommen hatte — ohne unser Zuthun —, und dadurch sah sich, da dasselbe dem Stadtdirektor zur Zensur vorgelegt wurde, dieser förmlich in Kenntnis von der Versammlung gesetzt, so daß er sie nicht mehr ignorieren zu können meinte. Er war übrigens sehr artig: wir sagten ihm, daß diese Aufforderung nicht von uns herrühre, und er gab sogleich die Erlaubnis zur Versammlung und forderte nur eine Anzeige, die ich ihm alsbald schriftlich zustellte. Die Versammlung selbst und die Unterschrift fiel ganz nach Wunsch aus. Uhland wurde durch Akklamation zum Präsidenten gewählt, und gab dann, als er seine Adresse vortrug, das Präsidium an Reyfcher. Da jedoch niemand ein Amendement machte — so ging man gleich zur Unterschrift über. Abends sieben Uhr war das Aktenstück auf der Post, mit 1012 Namen bedeckt; die Versammlung mochte 1000 Personen stark gewesen sein. Ein Nachspiel lärmender Art waren die Versuche der Studenten und des Liederkranzes, abends noch mehreren von uns Ständchen zu bringen. Versuche, sage ich, da Vischer, Volz und ich nicht zu Hause waren; Uhland war bei Reyfcher, wo dann diese beiden zusammen ihr Ständchen wirklich bekamen. Ich war gerade auf dem Wege nach Hause, als ich in der Ferne rufen hörte: zum Fallati! Da ich nun keine Luft hatte, die betrunken spektakulierende Menge zu haranguieren, so bog ich um, und ging wieder auf's Museum. Meine Mutter wußte erst gar nicht, was die Sache bedeuten sollte, als sich so vieles Volk rufend vor dem Hause aufstellte; endlich kamen einige herauf und hörten, daß ich nicht zu Hause sei. Darauf verliefen sie sich ohne eigentliche Excesse. Denn einige Rufe einzelner, die an diesem und an andern Abenden vorkamen: „vive la république, à bas le roi, Pereat Rectori“ waren eben Rufe einzelner.

An dem nämlichen Tage traf ein Rescript des Ministeriums an die Stadtdirektion ein, mit der Weisung, öffentliche Versammlungen nicht zu verhindern; nachmittags wurde auch die Aufhebung der Zensur bekannt. Die sogleich gedruckte Adresse Uhlands wurde am Abend desselben Tages, an welchem morgens noch die Chronik zensiert worden war, als erstes Produkt

der freien Presse in Tübingen ausgegeben. Während das Regierungsblatt schon die Preßfreiheit verkündete, zeigte der Beobachter vom 2. März noch einmal eine leere weiße Rückseite.

Freitag, den 3. März. Der Beobachter eröffnet sein Blatt mit einem Artikel voll Jubel und fängt mit Nummer 1 an, weil er eigentlich bisher gar nicht er selbst gewesen sei. Im Merkur steht die Verordnung, welche das Preßgesetz von 1817 wieder in Wirksamkeit setzt; die ganz ähnliche badische Verordnung, die Adresse des ständischen Ausschusses (Bundesreform, Ablösungen, Wehrhaftmachung, Recht der Versammlungen) und die von Römer verfaßte merkwürdige Eingabe der Stuttgarter Bürgerversammlung. Ein nichtslegendes Manifest des Königs: Ermahnung zu Treue, Ruhe, Ordnung und bloß die Zusage enthaltend, daß, wenn dem Vaterlande Gefahr drohe, er sich an die Spitze stellen werde, trifft in vielen Abschriften ein. Eine solche finde ich am Museumseingange angeschlagen — sie ist durchgeschnitten und unten darauf geschrieben: „O du guter Alter!“ und dann „Mach dich fertig auf den Marsch!“ Deswegen reiße ich sie ab angesichts der Studenten, die sie lasen. Am nämlichen Abend noch wurde ausgeschildet, daß am andern Morgen sieben Uhr die Einwohner auf den Markt kommen sollten, eine Proklamation des Königs zu hören. Denn der König, der sie selbst verfaßt haben soll, hatte verordnet, daß dieselbe als eine vertrauensvolle Ansprache an sein Volk den Gemeindebehörden und durch diese, sowie durch Verkündigung in den Kirchen überall schleunig bekannt gemacht werden solle. Die Leute waren nun der thörichten Meinung, es komme schon von Stuttgart die Antwort auf die Begehren vom Donnerstag (auf die, als an den ständischen Ausschuss gerichtet, gar keine Antwort vom König zu erwarten war). Nun wurde ihnen dieses Rescript, in gänzlicher Unkenntnis der öffentlichen Stimmung verfaßt, noch dazu ohne alle Einleitung rein kanzleimäßig von der Kanzel des Rathhauses aus abgelesen —

Sonnabend, den 4. März morgens, — man nahm es mit Hohn und Pfeifen auf. An demselben Morgen fand ich die Proklamation des Bundestags am Museum, mit Karikaturen auf die gekrönten Häupter versehen, angeschlagen. Ich riß sie ebenfalls herunter, offen in Gegenwart von Studenten. Als ich eine Stunde später, um elf Uhr, wieder vorbeiging, war an ihre Stelle ein anderer Anschlag getreten: „Professor Fallati hat die illustrierte Proklamation des Bundestags abgerissen; es wird aber schon eine andere Auflage besorgt.“ So ungefähr. Ich ließ diese Denunziation bei der öffentlichen Meinung am Brette stehen, aber daneben einen andern Anschlag machen, worin ich einfach im Interesse der Museumsgefellschaft die Mitglieder ersuchte, solche Anschläge oder Bemerkungen auf Anschlägen zu unterlassen, welche die Stadtdirektion veranlassen möchten, dem Museum eine besser entbehrte besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dieser Anschlag war, wie ich hörte, nachmittags drei Uhr noch unverfehrt am Brette, später abends war er abgerissen, vielleicht auch vorher mit Glossen versehen.

An diesem Tage war große Aufregung in der Stadt. Eine Aufforderung zu einer öffentlichen Versammlung um Mittag — von deren Veranlassern und Zweck wir Professoren nichts wußten, war überall angeschlagen. Der Amtmann wandte sich an mich: ob denn nicht ein Professor von Einfluß in diese Versammlung gehen sollte, von Thorheiten abzumahnern. Ich ging zu Vischer, und dieser versuchte um zwölf Uhr eine vor dem Museum stehende Masse von Studenten zu veranlassen, daß sie doch Uhland zu der Versammlung einladen sollten. Dies geschah denn wohl auch, aber nur mehr beiläufig, und Uhland hatte keine Luft, daran teilzunehmen. Aus guten Gründen, eine positive Pflicht hatte er nicht, weder als Bürger noch als Professor — da er beides hier nicht ist —, sich abwehrend zu beteiligen, und er wollte nicht in die Gefahr kommen, später vielleicht Zeugnis gegen unbefonnene Redner ablegen zu müssen. Vischer ging auf den Schloßhof, wo die Versammlung war, fand es aber unpassend sich einzumischen, da gleich anfangs ausdrücklich ausgesprochen wurde: man solle die Professoren nicht beiziehen, sie würden als Staatsdiener nicht hinpaffen. Nach einigen, zum Teil ziemlich heftigen Reden wurde übrigens in äußerlicher Ordnung beschlossen, ein Komite aus Bürgern und Studenten zu wählen. Abends waren die Bürger zahlreich bei Kommerell versammelt und hier wurde ein Komite gewählt — es waren keine Professoren, auch Uhland nicht da, und die Bewegung hing an in die Hände von solchen Personen zu geraten, auch bei den Bürgern, daß eine Garantie verständiger Leitung nicht mehr da war.

Vorher schon hatte sich uns begreiflicherweise die Notwendigkeit aufgedrängt, wachsam zu sein. Schon Freitag Morgen war ich zum Rektor gegangen und hatte ihm zwei Vorschläge gemacht, um auf die Studenten einzuwirken und auch später sich die Einwirkung zu sichern: eine akademische Versammlung in der Aula zu halten und durch eindringliche Reden ihnen den Weg zu weisen, und ferner die Autorisation der Studentenverbindungen möglichst schnell zu bewirken, um durch die Vorstände Einfluß zu üben auf eine loyale und fortgesetzte Weise. Freitag Abend fünf Uhr war daher eine vertrauliche Besprechung der Disziplinar-Kommission

gehalten worden, in welcher ich selbst von meiner Idee einer akademischen Versammlung abging, als einem für den Anfang zu draftischen, noch durch keine Excesse der im ganzen sich äußerlich ruhig haltenden Studenten gerechtfertigten Mittel. Es wurde beschloffen, den Rektor und Amtmann zu ermächtigen, wenn sie es für nötig halten, einflußreiche Studierende kommen zu lassen und zu ermahnen — im ganzen aber voreiliges Einmischen der akademischen Behörde zu unterlassen. Mein Vorschlag hinsichtlich der Verbindungen fand Anklang; und ich erhielt den Auftrag, bis Montag einen Bericht an den Senat darüber zu entwerfen.

Je weniger übrigens der gute, aber nicht energische und durch das *Pereat Rectori* eingeschüchterte Rektor und der Amtmann die Zuversicht einflößen konnten, daß sie Abirrungen der Studenten wirklich verhüten werden und können, desto notwendiger schien es mehreren von uns anderen, auf der Hut zu sein. Am Sonnabend Abend kamen daher Uhland, Volz, Hoffmann, Wunderlich und ich bei Reyscher zusammen. Alles erwogen hielten wir es für besser, noch zuzusehen, obwohl uns die Absonderung der Studenten von uns bedenklich machte.

Sonntag Vormittag, den 5. März, kamen Vischer, Griefinger und Kreuser zu mir aufs Zimmer, in der Absicht, daß nach dem, was sie über die Versammlung von gestern Abend gehört haben, etwas geschehen müsse, um Studenten und Bürger nicht allein weiter gehen zu lassen. Es sei ein revolutionäres Komitee gebildet worden, das sich mit Karlsruhe und andern Städten in Verbindung setzen solle u. s. w. Ich versprach, die andern Kollegen, mit welchen ich gestern zusammengewesen, hievon in Kenntnis zu setzen und zu einer neuen Zusammenkunft auf den Abend einzuladen. Unterdeffen sollte man sich umhören.

Nachmittags hielten die Studenten wieder eine Versammlung auf dem Schloßhof, wo nun sie (wie gestern Abend die Bürger) ihre Mitglieder des Komitees wählten, und abends war abermals Versammlung, namentlich von Bürgern, bei Kommerell. Vorstellungen von Vischer namentlich, privatim gemacht, daß die Studenten doch nicht so für sich allein handeln sollten, hatten keinen Erfolg gehabt.

Dennoch konnten wir abends ziemlich beruhigt uns trennen, nachdem wir (diesmal außer Uhland, Reyscher, Volz, Hoffmann, Wunderlich und mir auch Vischer, Griefinger und Kreuser) auf dem Museum uns besprochen hatten. Es war besonders nach den Nachrichten, die Kreuser (Assistenzarzt) von Kommerell herüberbrachte, höchst wahrscheinlich, daß die Bürger und Studenten anfangen, sich ratlos zu fühlen, und statt durch ihre gehäuften Versammlungen zu einer festeren Einigung und bedenklich heftigem Auftreten vielmehr zur Spaltung und Unentschlossenheit zu gelangen. Namentlich wies darauf der Umstand hin, daß die Bürger ihre gestrige Wahl umtiefen und Wahlmänner, darunter Professor Autenrieth (als Stadtrat) wählten, welche dann erst die Mitglieder des Komitees bezeichnen sollten.

Montag, den 6. März, bewahrheitete sich die Richtigkeit dieser Ansicht; es schien eher Erschlaffung als Aufregung vorhanden zu sein.

In der Disziplinar-Kommission brachte ich meinen Antrag auf bald möglichste Gestattung der Studentenverbindungen durch.

Nachmittags vier Uhr war Revue der Stadtgarde zu Pferd und zu Fuß, der Pompiers und der seit den Maiunruhen durch Autenrieth organisierten jungen Weingärtner auf dem Markte. Vollkommene Ruhe.

Dienstag, 7. März. Neue aufregende Nachrichten im Merkur. Abends kommen wir wieder — in der Krone — zusammen, nämlich die am Sonntag versammelt Gewesenen, um darüber zu beraten, ob nicht am Donnerstag wieder eine allgemeine Versammlung gehalten werden solle, teils um die politische Agitation nicht einschlafen zu lassen, da erst so wenig gewährt worden, — teils um die abgeforderte Bewegung der Studenten und Bürger in das Bett gemeinsamen Handelns zurückzuleiten.

Die von mir entworfene Adresse wird fast unverändert angenommen, — nur ein Passus über die Allianz von Preußen, Oestreich und Rußland gegen Italien wird gestrichen.

Um zehn Uhr gehe ich noch — auch Griefinger und Kreuser thun es — auf das Kasino; es war ja Fastnacht Dienstag. Der Ernst der Zeit hatte verhindert, daß mehr als 10—11 Studenten sich maskiert hatten; Damen und Kostüme waren gar nicht da, überhaupt das Ganze kühl. Ich ging vor zwölf Uhr wieder nach Hause. Meinem Gefühl war es schon früher zuwider gewesen, daß man in solchen Tagen Mummenschanz treibe, aber die Sache war vor der neuen Wendung der Dinge schon eingeleitet und später mochte ich nicht ohne Not ändern: in unruhigen Zeiten muß man, wie ich glaube, möglichst vermeiden, die Unruhe durch außerordentliche Unterbrechung des gewöhnlichen Laufes der Geschäfte oder Vergnügungen unnötig zu steigern.

Ich schiebe hier noch ein, ehe ich weiter gehe: am 4. März war im Merkur die Antwort des Königs an den Ausschuß erschienen, vertröstend, vorsichtig, bedingt, nicht geeignet, der

herrschenden Stimmung zu genügen. An demselben Tage trafen sehr beunruhigende, übertriebene Nachrichten aus Karlsruhe über Brandstiftung und Aufruhr, Zuzug aus Frankreich ein, welche hier sehr aufregten. Am fünften enthielt der Merkur außer dem schon erwähnten königlichen Manifest nur einen Ministerial-Erlaß an die Stadtdirektion, worin bloß von einem Gesetzesentwurf über Bürgerwachen die Rede war, und die Erlaubnis gegeben wurde, einstweilen wieder Sicherheitswachen wie im Mai v. J. zu errichten. Am 6. stand der Bundesbeschluß vom 3. über die Presse in der Zeitung. Am nämlichen Tage wurde in Stuttgart der Versuch mit dem sogenannten Zweiftunden-Ministerium: Linden, Bezzenberger, Varnbüler, Hefele gemacht, infolge dessen dort fast eine Emeute losbrach; die am 7. hier eintreffende Nachricht regte von neuem auf. Am 7. im Merkur ein neuer Ministerialerlaß, worin Geschworenengerichte und das Recht der Versammlungen zu Gesetzesentwürfen versprochen werden, zugleich Einberufung der Stände auf den 13. Pfizer, welcher Uhland zu besuchen hieher gekommen, empfängt mittags eine Staffette. Immer neue Nachrichten über raschere und weitergehende Gewährungen in Baden, Hessen, Bayern, Nassau erregen große Ungeduld während aller dieser Tage.

Mittwoch, den 8. März. Man erfährt, daß das Ministerium Linden aufgegeben ist. — Hoffnungen auf ein volkstümliches Ministerium. Die Versammlung auf den 9. wird vorbereitet; der Stadtdirektor giebt sogleich die Erlaubnis, es ist ihm offenbar lieb, daß die Professoren und Uhland wieder an die Spitze der Tübinger Bewegung treten. Der Stadtrat läßt sich nach dem Zweck und Inhalt der Adresse erkundigen, den ich im allgemeinsten angebe, worauf er abends selbst in der Stadt die Versammlung ausschellen läßt. Erste Nachricht vom Bauernkrieg im Hohenlohischen. Um 5 Uhr abends ist Senat: der Antrag auf Gestattung der Studentenverbindungen geht (ref. Reyfcher) durch.

Donnerstag, den 9. Der Merkur bringt das Gerücht von einem neuen Ministerium: Pfizer, Duvernoy, Degenfeld, Bangold, Goppelt als noch unverbürgt.

Dies giebt Anlaß zu einer neuen Beratung, die gegen zehn Uhr bei Uhland stattfindet (Volz, Reyfcher, Hoffmann, Vischer, Griefinger, Kreuser, Wunderlich, ich): ob die Versammlung und Adresse jetzt aufgegeben werden soll und wenn nicht, wie letztere etwa zu ändern. Es wird beschlossen, die Versammlung und Adresse nicht aufzugeben, denn die Ministerkombination könne noch scheitern, auf das deutsche Parlament sei die Regierung noch gar nicht eingegangen, und selbst wenn das erwähnte Ministerium zu stande komme, könne ihm die Versammlung und Adresse im Augenblick der Amtseinnahme nur nützen, als eine Stütze. Unverändert aber konnte die Adresse nicht bleiben, das in Aussicht stehende Ministerium mußte erwähnt werden; außerdem änderte ich noch einiges andre. Erst mittags wurde die Adresse abgeschrieben, um 1 Uhr war Versammlung. Mir war bange um den Erfolg — glücklicherweise ohne Grund. Uhland präsidirte; nach einigen Worten von ihm sprach ich länger über den Standpunkt der Adresse. Ich ging aus von den Worten der Heidelberger Versammlung: Mannhaftes, besonnenes, treues Zusammenwirken müssen uns Einheit, Freiheit und Ordnung erringen und erhalten. Die Aufnahme der Rede und Adresse war über alle Erwartung gut bei allen Bestandteilen der Versammlung, ich meine Professoren, Bürger und Studierende. Ich wurde sehr häufig durch Beifall unterbrochen, nachher beglückwünscht und man schickte zu mir, den Druck der Einleitungsrede zu veranstalten. Dies konnte ich nicht gewähren, sie war vorher nur zu Faden geschlagen, nicht aufgeschrieben, die Form erhielt sie erst beim Vortrage selbst, ich war sehr ernst und bewegt, dies traf die Herzen; die Rede war den Druck nicht wert und doch besser als sie gedruckt ausgesehen hätte. Die Adresse wurde angenommen, wie sie war, ein gestelltes Amendement fand keine Unterstützung, ein anderes wurde zurückgenommen, abends wurde sie mit 932 Unterschriften nach Stuttgart geschickt. Das Wetter war den Nachmittag über sehr schlecht. Die Versammlung war stärker besucht als die erste, die Zahl der Unterschriften der Adresse um 80 geringer. Uhland brachte dem deutschen Bunde der Zukunft ein Hoch.

Freitag, den 10. Die Nachricht von dem Ministerium Römer, Duvernoy, Pfizer, Goppelt trifft ein — allgemeine Zufriedenheit. Volz kommt zu mir wegen eines angeblichen Zwiespaltes, den es hervorrufe, daß Vischer der Sicherheitswache — er sagte den Bürgern — schwarzrotgoldne Kokarden aufdringen wolle. Die Sache klärt sich auf: Vischer hatte im Ausschuß der Sicherheitswache ein Zeichen für dieselbe beantragt, welches andeute, daß sie, obwohl Ordnung aufrechtzuhalten bestimmt, doch dies nicht im Sinne der Reaktion thun wolle, sondern daß sie selbst in der Bewegung stehe. Auf der andern Seite lief offenbar das Mißverständnis — wie an andern Orten — mit unter, daß die Leute nicht wußten, daß Schwarz-Rot-Gold alte Reichs- und sogar württembergische Farbe ist und meinten, es sei ein republikanisches Zeichen. —

Sonnabend, den 11. Rechtskonsulent Erath von Rottenburg (den ich nicht kenne) kommt zu mir, um mir zu sagen, daß infolge meiner Adresse man in Rottenburg mich zum

Abgeordneten in die bald neu (nach Auflösung der alten) zu bildende Kammer wählen möchte. Er meinte, ich werde die Mehrheit der Stimmen erhalten. Mitbewerber würden sein: Regierungsrat Pfeifer und Doktor Ritter. Dem ersten traue man nicht; — (der letzte, höre ich, wäre nicht zu fürchten) was für mich insbesondere noch spreche, sei, daß ich Katholik sei. Ich versprach: in acht Tagen Antwort zu geben. Der Antrag war gleich nicht nach meinem Geschmack: als Katholik kann ich mich nicht wählen lassen, es hieße die Wähler täuschen, da ich auch in kirchlicher Beziehung nicht der katholischen Partei in der Kammer beitreten könnte. Ganz abgesehen davon, daß der Erfolg gegenüber von Pfeifer sehr unsicher wäre, und Pfeifer selbst der Kammer wohl anstehen wird.

Abends eine von Oberhelfer Hauber veranstaltete Beratung auf dem Museum (Hoffmann, Dr. M. Baur, Oberreallehrer Kieß, Griefinger, Reyfcher, Hauber, ich). Hauber schlägt vor als einen freiwilligen Schritt zu gerechterer Verteilung der Abgaben: hiesige Einwohner, welche weder Häuser besitzen, noch sonst an den Gemeindelaften beitragen, sollen freiwillige Zuschüsse zum Stadtschaden machen. Nur H., Kieß und ich sind für den Vorschlag — die übrigen halten für passender, darauf hinzuwirken, daß die Gesetzgebung bald etwas ähnliches einführe.

Sonntag, den 12. Ein wohlthuend ruhiger Tag — um doch wieder ein wenig zu arbeiten.

Kreuser, Leibniz, Griefinger, Schwegler haben eine Zusammenkunft mit Rödinger, Tafel u. a. in Echterdingen. Der Plan zu einer neuen politischen Zeitung auf Aktien, in Stuttgart von Schwegler zu redigieren, wird entworfen, die Aktie 50 Gulden.

Die Hiesigen schlagen mich zum Abgeordneten vor, — die Stuttgarter haben einige Bedenken: ich sei für die Opposition (jetzt regierende Partei) ein homo novissimus, habe bei ihnen für einen Konservativen gegolten, sei ein Mann von aristokratischen Gewohnheiten u. dgl. Die Hiesigen halten aus genauerer Kenntnis meine Stellung unter den Parteien der Universität entgegen; sie scheinen sich tapfer meiner angenommen und gewissermaßen für mich verbürgt zu haben. Sie übernahmen zugleich, mit mir über diese Unterredung zu konferieren. Der Merkur bringt das Programm des Ministeriums.

In diesen Tagen sind auch die Tübinger Frauen zusammengetreten, um sich bloß in vaterländisches Fabrikat zu kleiden. Frau H. sagt man, wolle, daß die Damen Zeugleskleider tragen sollen! — Regierungsrat Horn, aus Sigmaringen geflüchtet, ist hier.

Dienstag, den 14. Ich werde eingeladen, abends an einer Sitzung des hiesigen Gewerbsausschusses teilzunehmen, dessen Mitglied ich nicht bin. Anwesend waren: O.-R.-L. Kieß, Schreiner Scheuing, Mechanikus Dollinger, Gürtler Seeger, Schlosser Genking, Buchbinder Metz, Goldarbeiter Kommerell und ein mir Unbekannter. Beratung über die Notwendigkeit der Errichtung einer Zentralfelle für Handel und Gewerbe.

Auf dem Nachhausewege bestätigt mir O.-R.-L. Kieß, was ich schon seit einigen Tagen gehört hatte, daß ein Teil der Bürger der Stadt ernstlich daran denke, mich statt Schweickhardt in die Kammer zu wählen. Ich erkläre ihm, daß davon nicht die Rede sein könne; Schweickhardt habe sich als Abgeordneter gut gehalten; was man hier gegen ihn hat, sind Privatbeschwerden und Feindschaften gegen den Kunstmüller aus der Zeit der Teuerung und gegen die Familie Schweickhardt; auch würde es mich in eine falsche Stellung bringen, wenn ich als Anhänger des Programms der jetzigen Regierungspartei gegen einen Abgeordneten auftreten wollte, den sie unterstützen muß und wird.

Gegen Kreuser, welcher wissen will, was er als Erklärung von mir nach Stuttgart schreiben könne, erkläre ich, daß ich keine besondere Verpflichtungen eingehe, jedoch dem Programm des Ministeriums beistimme und der neuen Richtung, wie sie in diesem ausgedrückt ist, entschieden beitrete.“

Wir schalten hier einen Brief Fallati's an seinen Bruder ein:

Tübingen, den 17. März 1848.

Lieber Bruder!

— Ueber Stimmungen zu schreiben ist jetzt wenig Zeit, doch muß ich's thun, damit du siehst, wie ich meine Stellung in diesen Dingen auffasse. Ich sehe mit Besorgnis auf meine Zukunft. Die große Wendung, welche die deutschen Verhältnisse genommen, zur Einheit und Freiheit, reißt mich hin; längst Ersehntes sich verwirklichen zu sehen, darf man endlich hoffen. Ich fühle mich getrieben, wie ich kann dazu mitzuwirken — es läßt mir keine Ruhe. Die Schwierigkeiten, die zu überwinden, sind so groß, der Augenblick von so seltener Gunst, daß ich einsehe, es ist nötig, daß alle zusammenwirken, die möglicherweise nützen können, und daß sie schnell sich zusammenscharen. Besorgnis vor Mißdeutung, ängstliches Sorgen für die Zukunft muß hier wegfallen, — so bin ich rasch und thätig, wie es meine hiesige Stellung gestattete, in die Bewegung hineingetreten.

Ich habe es von Anfang an mir nicht verhehlt, daß, wer in solchen Zeiten in die Oeffentlichkeit tritt, darauf verzichtet, seine Wege selbst zu lenken. Das Allgemeine erfaßt den Einzelnen, aus dem, was man thut, entspringt die Pflicht, den Erwartungen zu entsprechen, die man erregt. Wann ich wieder zu den ruhigen Arbeiten zurückkehren werde, in deren Mitte ich unterbrochen worden, weiß ich schon nicht mehr. So sieht man sich wie in ein unbegrenztes Meer hinausgerissen. Und auf der andern Seite steht eine ebenfalls sehr ernste Aussicht. Wer im Beginn einer Revolution — und in der stehen wir in Deutschland — auf den Schauplatz tritt, muß sich darauf gefaßt machen, daß die Dinge über alle Schranken hinausfluten, die er selbst nicht angreifen will; eben noch selbst angreifend und populär, kann er in kürzester Zeit der Angegriffene werden und zu reagieren sich verpflichtet fühlen. Und selbst dann, wenn dies nicht eintritt, ist noch Grund genug zur Beforgnis vorhanden. Wenn nun die allgemeine Erregung veräußert, wenn Reaktion eintritt — vor der wir wohl schwerlich gesichert sind, — dann kann es Pflicht sein, was jetzt in der Zeit der Aufregung aus innerem Antrieb geschieht, fortzusetzen, und trotz getäuschter Hoffnung und vielleicht ohne Hoffnung eine neue Frucht davon selbst noch zu sehen, den politischen Kampfplatz nicht mehr zu verlassen.

Von den Mißdeutungen, welchen jeder öffentliche Charakter ausgesetzt ist, will ich nicht viel Aufhebens machen. Zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehören sie nicht. Ich weiß recht wohl, daß, was ich jetzt thue, mir von vielen als aus Eitelkeit und Ehrgeiz hervorgegangen ausgelegt wird. Ich weiß recht wohl, daß man mir Hasen nach Popularität vorwirft, während ich innerlich betrübt die Zeichen davon hingenommen habe — nach Eulenspiegels Art mehr den Augenblick des Verschwindens so flüchtiger Gunst mir vor die Seele führend als den Eindruck der Gegenwart. Ich weiß recht wohl, daß man aus meinen Lebensgewohnheiten den Schluß zieht, daß ich im Herzen doch nicht eins, oder wenn im Moment der Aufregung auch wirklich eins sei mit den Männern, welche volksmäßigere Sitten haben, es doch auf die Dauer nicht bleiben werde. Was diesen letzten Punkt angeht, so ist er ernsterer Art als die übrigen. Ich selbst verberge mir nicht, daß es mich Selbstüberwindung kosten wird, in manche äußere Berührung zu treten, die mir persönlich zuwider ist; es gehört zu den Dingen, auf die man gefaßt sein muß. Noch eines ist unangenehm, aber nicht zu umgehen. Die populäre Richtung ist so schnell an's Ruder gelangt — was an sich ganz erfreulich ist, — daß wer die Bewegung unterstützt, jetzt bei den Wahlen als ministerieller Kandidat auftreten muß. Wenn dies nach unsern bisherigen politischen Verhältnissen leicht den Eindruck einer Bewerbung um äußerer Vorteile willen machte, so erscheint es jetzt wenigstens als eine wohlfeile Freisinnigkeit bei jemanden, der zum erstenmal auftritt. — Für alle diese Unannehmlichkeiten muß man sich entschädigen durch die Hoffnung, daß in der zukünftigen Laufbahn die Widerlegung falscher Voraussetzungen von selbst liegen werde, durch die Anerkennung andrer, welche den Mißtrauischen gegenüber stehen, und durch das Bewußtsein, daß man neben den Fehlern, welche die Leute — vielleicht richtiger als wir selbst — erkennen, doch auch Tugenden hat, die sie nicht sehen.

Soll ich endlich die Litanei der Befürchtungen voll machen, so muß ich noch die Sorge nennen, daß meiner Gesundheit eine politisch bewegte Laufbahn nicht förderlich sein wird.

Aus alle dem siehst Du, lieber Karl, daß ich weiß, was ich thue, obwohl ich nicht weiß, was daraus werden wird.

Dein Johannes.

Sonntag, den 19. morgens 7 Uhr mit dem Eilwagen nach Stuttgart, zunächst um einer Versammlung der Gesellschaft für Beförderung der Gewerbe anzuwohnen, sodann um in Stuttgart selbst die neuen Verhältnisse mir anzusehen. — Die Versammlung im Museum beschließt die Auflösung der Gesellschaft für den Fall der Bildung einer Zentralstelle auf volkstümlicher Grundlage. — Mittagessen mit Dr. Ammermüller und Karl Deffner im Adler. Dann auf's Bürgermuseum, wo ich unter andern Tafel treffe. Mit ihm und Rödinger auf der Eisenbahn nach Obertürkheim. Abends auf dem Museum in Stuttgart, wo die bisherige Oppositionspartei — auch der neue Minister Römer — zusammenkommen. Allarm in Stuttgart wegen der Offenburger Versammlung.

Dienstag, den 21. März 1848. Großer Fackelzug für Uhland¹⁾: ich gehe fackeltragend mit. Wildermuth teilt mir mit, daß man ihm gesagt, man wünsche mich in Tübingen zu wählen, und will mir zureden es anzunehmen, aber ich erörtere ihm, warum es nicht geht.

Mittwoch, 22. Schluß der Vorlesung über Völkerrecht.

Donnerstag, 23. Senatsitzung. An diesem Tage war ich sehr beschäftigt. Am 22. hatte ich nämlich von Dr. Hils in Schramberg (einem einflußreichen Liberalen) eine Anfrage bekommen, ob ich im Amte Oberndorf mich wohl wählen zu lassen Lust hätte. Es sagte mir

¹⁾ Uhland ging am folgenden Tag nach Frankfurt ab, wohin er von der württemb. Regierung als Vertrauensmann zum Bundestag gesandt wurde.

dies wohl zu, besonders da es ein Amt mit vieler Industrie ist. Ich schrieb dem Doktor daher am heutigen Tag einen ausführlichen Brief als politisches Glaubensbekenntnis. In den folgenden Tagen sandte ich noch einige nachträgliche Bemerkungen über meine Verhältnisse und mehrere Schriften nach.

Freitag, 24. Mittags Zusammenkunft mit hiesigen Bürgern und mit Bauern vom Amt, um eine Deputation zu der auf Sonntag den 26. nach Göppingen ausgeschriebenen Volksversammlung zu wählen. Ich und Dr. Kreuser werden von hier außer ungefähr 12—14 Bürgern in die Deputation gewählt. — Gegen Abend kam die ganze Stadt in Aufregung wegen der durch Staffetten angelangten Nachrichten vom Anrücken sengender und brennender Tausende von Franzosen; 20—40 000 sagen die Leute! Auf dem Markte werden alle schon bestehenden Korps: Bürgergarde, Sicherheitswehr, Pompiers, Weingärtnerfchar gemustert; vor dem neuen Universitätsgebäude organisiert Volz¹⁾ (der zum Kommandanten ernannt wird) beim Scheine von Pechpfannen die Studenten. Die Nacht über werden Senfen geschmiedet; mitten in der Nacht bricht Volz selbst mit 200 Studenten nach Rottenburg auf, weil eine neue Nachricht den Feind schon bei Horb sein ließ; sie werden in Rottenburg mit Jubel empfangen. Hier stellt man die Kanone vom Schloß auf die Neckarbrücke und fertigt Kartätschen. Ich aber legte mich beruhigt nach zehn Uhr in's Bett (auch Mutter war sehr ruhig), nachdem wir Freunde uns im Gespräche es klar gemacht hatten, daß dies ein unfinniger Schrecken vor unmöglicher Gefahr sei. Und als solcher erwies es sich später.

Sonnabend, den 25. Heute sollte Volksversammlung hier sein. Am Sonntag vorher hatten Reutlinger (Schnitzer u. s. w.) und Tübinger (Vischer etc.) in Jettenburg verabredet, eine gemeinschaftliche Versammlung an Mariä Verkündigung hier zu halten. Man hatte mich (neben L. Baur, Vischer und Kreuser von hier) in's Komite gewählt, während ich selbst in Stuttgart war. Infolge hievon waren wir schon einmal zusammengetreten, und erwarteten nun morgens bei Vischer die Reutlinger Komitemitglieder. Eine Adresse von Vischer an die Wiener, eine Erklärung von Kreuser über notwendige Freiheiten wurden beraten. Aber die Reutlinger kamen nicht: sie standen an diesem Vormittag bewaffnet zu Hause, und sollen sogar Barrikaden errichtet haben gegen das Gespenst, das uns den Tag vorher allarmiert hatte. Auch hier wirkte der Schreck von gestern wenigstens so weit nach, daß, als ich abends reisefertig darauf wartete, daß mich die Bürger zur Nachtfahrt nach Göppingen abholen sollten, statt dessen Werkmeister Haller und Schreiner Scheuing erschienen, um mir zu erklären, daß die meisten übrigen sich nicht getrauten, Weib und Haus zu verlassen, und daß sie selbst ohne die andern sich als zu wenige vorkommen. So blieb denn auch ich hier.

Sonntag, den 26. Große Volksversammlung in Göppingen, von hier aus nicht besucht. Beschluß: ein System vaterländischer Vereine für gesetzlich selbstthätige Mitwirkung des Volks in vaterländischen Angelegenheiten zu gründen, namentlich zunächst für die Wahlen.

Montag, den 27. Morgens kommt ein Mann von hier zu mir, sich zu erkundigen, im Namen vieler Bürger, die gestern bei ihm gewesen (oder wenigstens infolge dieser Zusammenkunft): ob nicht der Franzosenallarm eine öffentliche Veranstaltung sei, um die Tübinger und Göppinger Volksversammlung zu hintertreiben? — Schluß der Vorlesung über politische Geschichte.

Mittwoch, den 29. Morgens vier Uhr Abreise nach Karlsruhe. In Stuttgart kommen von Ulm her Jordan (von Deidesheim), Paur aus Augsburg, v. Clofen, Riedel, Würth aus Sigmaringen auf den Eilwagen. Abends mit Jordan in Karlsruhe, im Pariser Hof. Buhl ist schon abgereist.

Donnerstag, den 30. Morgens nach Frankfurt zum Vorparlament. Auf demselben Eisenbahnzug finden sich Moriz Mohl, Pfizer, Rödinger, Christ, von Darmstadt aus Jaup u. s. w. In Darmstadt ist der Bahnhof von Linie und Bürgermilitär besetzt, weil man den Zuzug bewaffneter Haufen nach Frankfurt fürchtete. Einzug in das geschmückte Sachsenhausen und Frankfurt. Abgestiegen im Saalhof. Nach Tische mit Mad. Bernus etwas durch die Stadt gefahren; mir war es unangenehm, mit kaum eingefahrenen Pferden und in einer so hochmütig aussehenden Equipage an diesem Tag durch die menschengefüllten Straßen, den Gaffern ein unpassendes und möglicherweise für die Ruhe der Stadt gefährliches Schauspiel zu bieten. Wenn z. B. die Pferde von dem Schießen mitten in der Straße wild wurden und im Menschengedrange ein Kind traten? Man konnte an diesem Tage wohl für die nächsten besorgt sein, — in diesem Gedanken: wer weiß was die nächsten Tage bringen, sah ich wehmütig und wie auf eine vermessene Voreiligkeit auf den reichen Schmuck der Flaggen und Blumen in allen Straßen. Gottlob, daß es vergebliche Sorgen waren! Nachher zu Uhland, dann in den Weidenbusch, wo bis acht

¹⁾ Prof. Volz war früher badischer Offizier gewesen.

Uhr Reden gehalten werden für und gegen Republik; je mehr Norddeutsche allmählich ankamen, desto mehr siegte die Monarchie. Später finde ich Dahlmann, Grimm, Gervinus u. a. Bekannte.

Freitag, den 31. Eröffnung der Versammlung in der Paulskirche. Ich bin nur Zuhörer; denn außer Moriz Mohl ist kein Württemberger von Römer eingeführt, alle in der Versammlung Anwesenden sind als Ständemitglieder da; Reyscher ist in der Versammlung mit einer Karte, welche ihm Rheinländer verschafft haben. Morgens der Sturm gegen Vogt, nachmittags der Sturm wegen der Nachricht eines blutigen Zusammenstoßes. Abends Fackelzug für Mittermaier. Herrliches Wetter.

Sonnabend, den 1. April. Zweiter Tag der Versammlung. Abends prächtige Beleuchtung der Stadt: die wunderbare Ordnung und Ruhe in dem dichten Wogen der Menschenmenge durch die Straßen. Ganz Sommer.

Sonntag, den 2. Dritter Tag der Versammlung. Der Austritt der Bergpartei. Nachts bis 1/2 2 Uhr bei den Verhandlungen des Jakobinerklubs im Wolfseck; Aufrufe zu offener Gewalt. Gespräche mit den Republikanern.

Montag, den 3. Vierter Tag der Versammlung. Die Rückkehr der Ausgetretenen. Komischer Schluß durch die irrige Einladung Rob. Blums zu einem Mittagsmahl im Freien auf dem Roßmarkt, womit die Versammlung überrascht werden sollte. Auf dem Roßmarkt war keine Spur davon — ein Irrtum oder ein schlechter Spaß eines Dritten? R. Blum nannte seinen Auctor aus den Fenstern des Hotel d'Angleterre, man verlief sich. Ich treffe jetzt erst Wippermann. Zu Mittag im Schwan, zufällig mit Pfizer, nachher mit Römer, Becher u. a. auf der Mainau und in einem Kaffeehaus, endlich noch wieder mit Uhland, Pfizer u. f. w. im Landsberg. Erst an diesem Tage kam ich eigentlich mehr mit den Württembergern zusammen, — ich hatte sie bis dahin nicht gesucht, um nicht zu dem Glauben Anlaß zu geben, als wolle ich mich zudrängen, damit ich noch eine Aufforderung, in die Versammlung zu treten, erhalte.

Dienstag, den 4. Morgens entwarf ich einen Brief an Dr. Hils, weil mir ein ehemaliger Zuhörer, Aktuar Waldbaur in Oberndorf, geschrieben hatte, es stehen meiner dortigen Erwählung Gerüchte entgegen, daß ich erst mit dem Ministerwechsel liberal geworden sei, die er mit denen, welche mich kennen, zwar bekämpft habe, aber nicht als beseitigt betrachten könne. Ich schrieb aber den Brief an Hils nicht in's Reine — es widerstrebte zu sehr meinem Gefühl, ohne Not auf solche Gerüchte zu antworten. —

Mittwoch, den 5. Morgens 9 Uhr von Frankfurt weg auf der Main-Neckarbahn, mit beiden Würth (von Konstanz und Sigmaringen) im Waggon. Nachmittags in Heidelberg — mit Mohls und Pauline.

Donnerstag, den 6. Mit Moriz Mohl nach Karlsruhe. Wir besuchen die neue Akademie von Hübner gebaut, mit Fresken von Schwind. Antiken und andere Gipsfiguren, Gemälde. Nachmittags mit dem Eilwagen nach Stuttgart.

Freitag, den 7. Vormittags in Stuttgart. Gespräch mit Heinrich Müller, woraus ich ersehe, daß er sich für die Annahme der in Oberndorf ihm angebotenen Wahl in die Kammer erklärt und dort alle Wahrscheinlichkeit des Erfolgs für sich hat. Dies bestimmt mich, zurückzutreten: ich sage ihm das; später höre ich bei Rödinger die Bestätigung des von Heinrich Müller mir Gesagten. Nachmittags zurück nach Tübingen. Zu Hause finde ich eine Anfrage von Kaufmann Adorno in Tettnang im Namen des Komites, ob ich dort eine Wahl in die Kammer annehmen würde; ich antworte, daß ich wahrscheinlich es werde thun können.

Sonnabend, den 8. Ruhig in Tübingen.

Sonntag, den 9. Am 31. März war während meiner Abwesenheit im Kommerell'schen Saale die Bildung eines vaterländischen Bezirksvereins für Stadt und Amt vorbereitet und ein provisorischer Ausschuß von fünfzehn Tübingern gewählt worden, darunter ich mit den meisten Stimmen. Dieser Ausschuß hatte auf den 9. eine Versammlung von Deputierten der Landgemeinden berufen zu Gründung des Bezirksvereins. Vertreter von fünfzehn Gemeinden fanden sich ein. Ich hielt eine Rede über Nutzen und Zweck der vaterländischen Vereine, und wurde zum Vorstand gewählt, Kreuser zum Sekretär, L. Baur zum Rechner. Die von Kreuser verfaßten provisorischen Statuten wurden mit wenigen Abänderungen angenommen.

Montag, den 10. Die Volksversammlung im Schloßhof am 2. April war, während ich in Frankfurt war, die Veranlassung zu Zwistigkeiten geworden. Gegner der in der Versammlung angenommenen Adressen hatten sich vereinigt, gegen einzelne Punkte zu protestieren. An Männer von liberaler Gesinnung schloßen sich hierbei schnell reaktionäre Elemente. Mißverständnisse, durch Zwischenträger zum Teil verschuldet, brachten Streit zwischen diesem sogenannten Sonderbund und dem vorbereitenden Komite für den vaterländischen Verein, mit welchem jener sich in's Vernehmen setzen wollte, hervor und führten zu einer dem Intelligenzblatt am Sonntag Nachmittag bei-

gelegten Erklärung der Sonderbündler (die Namen geben L. Schmidt, Stadtpfleger Fischer, Volz, Student Stockmayer, Affessor Stein und Oberreallehrer Kieß) gegen die Volksversammlung und das Komite, sowie zu einem Aufruf: sich am zwölften zu Bildung eines konstitutionellen Vereins bei Kommerell einzufinden. — Seit meiner Rückkehr war ich beschäftigt, diesen bösen Bruch auszugleichen, der noch weiter führen konnte: denn schon fing eine dritte Partei, welche anrüchige Lärmacher in sich schloß, an, selbst das vorbereitende Komit als reaktionär zu verfechten und sich in der Lenzei zu versammeln. Am Abend nun dieses Montags hielt ich Sitzung des Komites, in welcher beschlossen wurde: die Gründung des vaterländischen Vereins gleich am 11. vorzunehmen; den Streit über die Volksversammlung vom 2. mit dem Sonderbund nicht auf die Tagesordnung zu setzen, sondern besonderer Vereinbarung vorzubehalten; endlich eine am 8. im Stuttgarter Bürgerhaufe angenommene Erklärung von Murschel zu Gunsten der konstitutionellen Monarchie der verein gründenden Versammlung vorzulegen. Ich erhielt Erlaubnis, den Sonderbündlern hievon Mitteilung zu machen.

Dienstag, den 11. Versammlung bei Kommerell zu Gründung des Vaterländischen Ortsvereins Tübingen. Die Mitglieder des Sonderbunds finden sich ein. Rede von mir über Zweck und Nutzen der vaterländischen Vereine. Gründung des Vereins. Annahme des Sinnes der Murschel'schen Erklärung. Auf Reyfcher's Antrag: Aussprechen des Wunsches, daß doch die Volksbewaffnung schnell organisiert werde. — Nach dem Schluß der Versammlung fand eine von mir veranlaßte Besprechung zwischen Komitemitgliedern und von sonderbündlerischer Seite Haug, Hoffmann und Affessor Stein statt, um eine Veröhnung anzubahnen, die dann am folgenden Tage ausgeführt werden sollte.

Mittwoch, den 12. Wurm kommt hier an; er kommt zu Kaffee in die Neckartyranei. Abends ist er bei Klüpfel, wohin ich auch noch ein wenig gehe. Das Hauptanliegen des Tags aber war, daß abends in der ursprünglich zu Gründung eines „konstitutionellen“ Vereins berufenen Zusammenkunft (siehe oben 10.) bei Kommerell dieser aufgegeben und die Ausgleichung des Streits zwischen dem vorbereitenden Komite und dem Sonderbund zustandegebracht werde. Dies ward auch glücklich erreicht, — ich hatte dabei so gut als nichts mehr zu thun, nachdem alles, wie erwähnt, vorbereitet worden.

Sonntag, den 16. Abends Sitzung des vorbereitenden vaterländischen Ortsvereinsausschusses. Beschluß: Umland vorzuschlagen¹⁾.

Montag, den 17. Ich fahre mit Bierbrauer Kommerell, Buchbinder Metz und Goldarbeiter Kommerell nach Rottenburg, weil dieses Oberamt mit Tübingen für die Wahl vereinigt worden, um mit den Rottenburgern Rücksprache zu nehmen. Sie erklären sogleich: in ihrem Bezirke niemand zu wissen und sich den Tübingern anschließen zu wollen, vorläufig sei von mir die Rede gewesen. Ich schlug Umland vor, womit sie sich einverstanden erklärten, dann aber mich als Ersatzmann beantragten.

Dienstag, den 18. Ortsvereinsversammlung im Kommerell'schen Saale über die Wahlen zur Nationalversammlung. Sehr zahlreich besucht. Ich halte eine Rede über die Bedeutung der Nationalversammlung und dieser Wahl, und schlage im Namen des hiesigen und Rottenburger Komites Umland vor. Angenommen durch Zuruf. Darauf übergebe ich die Leitung an L. Baur. Denn in einer vor der Versammlung gehaltenen Ausschusssitzung war man übereingekommen, mich als Ersatzmann vorzuschlagen, was jetzt auch angenommen ward, nachdem Professor Mayer vergeblich den Versuch gemacht hatte, den Oberjustizrat Karl Mayer als Freund und Alter Ego Uhlands zu empfehlen. Es ward dann beschlossen (worauf ich in einem anonymen Artikel der Chronik von diesem Tage als zweckmäßig hingewiesen hatte), bei der Versammlung von Deputierten der Bezirksvereine in Stuttgart (am 19.) außer mir auch Karl Mayer, Reyfcher, Robert Mohl, Hepp und Schweickhardt zur Wahl nach Frankfurt im allgemeinen zu empfehlen. — Brief an Umland, worin ich ihm die Lage der Wahlfache darstelle.

Mittwoch, den 19. Nachmittags 2 Uhr Bezirksausschußversammlung auf dem Rathaus. 17 Gemeinden aus dem Bezirk sind vertreten, trotz der Feldgeschäfte, außerdem die zwei Gemeinden aus dem Herrenberger Oberamt, welche zum National-Wahlbezirk Tübingen-Rottenburg gehören. Belehrende Rede von mir über den Zweck der Nationalversammlung und Austeilung einer Beilage des heutigen Intelligenzblattes von ähnlichem Inhalt. Vorschlag Uhlands angenommen. Ebenso ich als Ersatzmann, nachdem ich mich entfernt hatte. — Abends kommt ein Bauer zu mir und fragt mich: ob er einen Einsteher in's Militär für seinen Sohn bezahlen könne, ohne zu riskieren, daß man den Sohn doch noch einreihe, wenn es Krieg gebe? Ich frage ihn wie er dazu komme, mich darum zu fragen. Antwort: weil ich ja jetzt die Sachen da unter

¹⁾ Zur Wahl für das Frankfurter Parlament.

mir habe, so u. f. w. — Die häufigen Aufrufe an die Landgemeinden in Vereins- und Wahlfachen von mir als Vereinsvorstand unterzeichnet und die Vorstandschaft in den Bezirksauschußversammlungen lassen mich, wie es scheint, in den Augen des Landvolks als eine Art von neuen Beamten erscheinen.

Karfreitag, den 21. Morgens sechs Uhr über Metzingen nach Reutlingen. Es bestätigt sich, daß Vischer im Distrikt Reutlingen-Urach aufgetreten ist; namentlich aber zeigt sich, daß er mehr Erfolg hat, als ich bei unserm Landvolk für irgend möglich gehalten hatte. Interessante Verhandlungen mit Ammermüller, Herdegen, Kapff, Schnitzer über eine etwaige Möglichkeit mich in Reutlingen in die Wahl zu bringen.“

Wir brechen hier die ausführlichen Mitteilungen aus dem Tagebuch ab, und berichten vollends in Kürze die Erfolge und Niederlagen der Wahlbewerbung. Der Versuch in Reutlingen wurde aufgegeben, da Vischer dort Aussicht hatte und Fallati nicht mit ihm in Konkurrenz treten wollte. Dagen lehnte Vischer eine von dem Bezirk Weinsberg-Backnang ihm zugekommene Aufforderung ab, und Fallati beschloß nun auf den Rat seiner Freunde, sogleich nach Weinsberg aufzubrechen, wohin er denn auch am 22. in Begleitung von Dr. Leibniz abreifte. Dort aber zeigte es sich bald, daß nichts mehr zu machen sei, da ein großer Teil der Wähler schon für den populären Schlossermeister Nägele gewonnen war. Fallati eilte nach Tübingen zurück, wo ihn seine Freunde alsbald bestimmten, im Bezirk Herrenberg, Horb, Nagold eine Werbung zu versuchen. In Horb am 25. April vormittags angekommen, fand er das Terrain ungünstig, da die Wahlhandlung schon begonnen hatte, und die Wähler ihre Stimmen für den Rechtsanwalt Rödinger, der bereits im Bezirk Oehringen zugefagt hatte, abzugeben im Begriff waren. Doch ließ sich der Oberamtmann bestimmen, die Wahlhandlung zu sistieren, und Fallati noch das Wort zu geben. Dieser hielt an die auf dem Rathaus zu Horb versammelten Wähler eine warme Ansprache, welche von solchem Erfolg war, daß die bereits auf Rödinger geschriebenen Wahlzettel auf Fallati umgeschrieben werden mußten. Doch half dies nichts, denn an anderen Orten war die Wahl schon vorüber und Rödinger mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Da aber dieser auch in Oehringen gewählt worden war und bereits dort angenommen hatte, so mußte eine Nachwahl stattfinden, für welche Fallati günstige Aussichten hatte. Er unterzog sich der Mühe einer nochmaligen Bewerbungsreise und wagte es sogar, in einer seiner Wahlreden das unpopuläre Thema von der Notwendigkeit der preußischen Hegemonie zu behandeln. Sein Mitbewerber war diesmal Gustav Pfizer, der aber nicht persönlich erschien. Am 19. Mai wurde die Wahl vorgenommen, und fiel mit 2596 Stimmen auf Fallati, Pfizer erhielt 1181 Stimmen.

An demselben Tag wurde Fallati im Oberamt Münchingen, wo er sich um die Abgeordnetenstelle für die zweite Kammer in Württemberg beworben hatte, mit fast einstimmiger Majorität gewählt.

Am 22. Mai reiste er nach Frankfurt ab, wo seine württembergischen Kollegen bereits alle versammelt waren.

Die Vertretung Württembergs auf der Nationalversammlung in Frankfurt hatte sich folgendermaßen gestaltet:

Neckarkreis:

Wahlbezirke:	Gewählt:	Wahlbezirke:	Gewählt:
1. Stuttgart . . .	Paul Pfizer. Erfatzm. Fr. Federer, Bank.	5. Heilbronn . . .	Hentges, Bierbrauer.
2. Befigheim . . .	Schoder, Regierungsrat.	6. Leonberg- Maulbronn . . .	Fetzer, Rechtsanwalt.
3. Böblingen . . .	Albert Schott, Justizprok.	7. Ludwigsburg . .	Christoph Hoffmann, Lehrer, jetzt Vorst. der Templer- gemeinde in Palästina.
4. Eßlingen . . .	Christ. Fried. Wurm Prof. a. ak. Gymn. i. Hamburg.		

Schwarzwaldkreis:

Wahlbezirke:	Gewählt:	Wahlbezirke:	Gewählt:
8. Balingen . . .	Rechtsanwalt Murfchel.	12. Obdf.Freudenft.	Frifch, Prof. a. der Real-
9. Calw-Neuenbürg	Karl Mathy.		schule in Stuttgart.
10. Horb-Nagold-		13. Reutlingen . .	Vifcher Fr. Th., Prof. in
Herrenberg . .	Fallati.		Tübingen.
11. Kirchh.Nürting.	Rümelin, Rector in Nürting.	14. Tuttlingen . .	Rheinwald, Professor der
			Rechte in Bern.

Jagftkreis:

15. Ellwangen . .	Kauzer, Kaplan.	18. Mergentheim .	Robert v. Mohl, Professor
16. Hall	Wilh. Zimmermann, Lehrer		des Staatsrechts in Hei-
	an der polytechnifchen		delberg.
	Schule in Stuttgart.	19. Oehringen . .	Rödinger, Rechtsanwalt.
17. Heidenheim-	Moriz Mohl, Ob.-Steuerrat	20. Welzheim . .	Tafel, Rechtsanwalt.
Aalen			
	a. D.		

Donaukreis:

21. Biberach . . .	Fürft Waldburg-Zeil.	24. Ulm	Haßler, Gymnafialprof.
22. Ehingen . . .	Aug. Gfrörer, Professor der	25. Ravensburg .	Pfahler, Kaplan.
	Gefchichte in Freiburg.	26. Saulgau . . .	Wiest, Oberjuftizrat.
23. Göppingen-			
Geislingen . .	Fr. Römer, Minifter.		

Der Verkehr mit den Kollegen war hauptsächlich bedingt durch die Klubgenossenschaft. Fallati trat gleich anfangs mit mehreren anderen Württembergern in den Klub des Württembergifchen Hofes ein, welcher das linke Zentrum oder die gemäßigte Linke repräsentierte und gegen 80 Mitglieder zählte, aber bei den Abstimmungen sich häufig spaltete, und überhaupt in eine rechte und linke Seite zerfiel. Der Rechten gehörten von den Württembergern Wurm, Robert Mohl, Rümelin und Fallati, der Linken Schoder, Schott und Fr. Vifcher an. Diese Fraktion legte großes Gewicht auf die Souveränität der Nationalverfammlng, lehnte das Prinzip der Vereinbarung mit den Regierungen ab, und wollte die Entscheidung über die Zentralgewalt und die Verfassung allein der Verfammlung vorbehalten willen, hielt aber das Prinzip der konstitutionellen Monarchie fest. Fallati war mehr durch persönliche Beziehungen zu württembergifchen Kollegen und durch die Rückficht auf die in Württemberg herrschende Stimmung in diesen Klub geführt, als durch eigene politische Neigung und Ansicht. Diese harmonierte mehr mit dem zahlreichen, gegen 150 Mann starken rechten Zentrum, welches sich nach dem Verfammlungsort auf dem „Hirfchgraben“ und später Kafino nannte, und wo Waiz, Dahlmann, Beckerath, Mathy, Meviffen, Georg Befeler und Duncker an der Spitze standen. Mit diesen verkehrte er auch gefellig am meiften.

Fallati unterhielt von Frankfurt aus einen ftetigen Briefwechsel mit feiner Mutter. Einige Tage nach feiner Ankunft, am 24. Mai, fchrieb er, nachdem er von feiner Wohnung und einigen Bekannten, die er aufgefucht, berichtet hatte, über feine gefchäftliche Thätigkeit folgendes:

„Bis jetzt hatte ich nichts zu thun, als täglich den Sitzungen anzuwohnen, Wahlen vorzunehmen, und da und dort mit andern Mitgliedern zufammenzukommen, damit man sich kennen lerne und die Gleichgefinten sich zusammenfinden. Gestern find nun aber die beiden großen Hauptkommissionen gewählt worden: die eine für die Reichsverfassung, die andere für die volkswirtschaftlichen und Arbeiterverhältnisse, jede 30 Mitglieder stark. Ich wäre lieber in der ersten gewesen, allein die Wahl hat mich in die zweite gebracht, welche sehr viel Arbeit bringen wird. Dies

letzte ist es übrigens nicht, warum ich weniger gern in derselben bin — sondern weil ich glaube, weniger von dem, was hier vorkommen wird, zu verstehen. Das wird dann aber, für mich selbst wenigstens, den Vorteil haben, daß ich um so mehr darin lernen kann. Jedenfalls ist es ein glücklicher Zufall für jemanden, der gerne, soviel er kann, mitwirken will, in einen dieser beiden Ausschüsse gekommen zu sein, denn es konnte doch nur immer den zehnten Mann treffen.

Den 6. Juni 1848. Hier ist der Tag immer so voll Sitzungen und Besprechungen, daß selbst zum Arbeiten zu Hause kaum Zeit bleibt, zum Briefschreiben so gut wie keine. Morgens 9 Uhr geht es in der Regel in die öffentliche Sitzung, die bis gegen 2 Uhr dauert, dann zu Tische, dann in Ausschusssitzungen, abends zu Besprechungen und Debatten in den Klubs, nachts zwischen 10 und 12 Uhr nach Hause, wo ich nachmittags nur zwischendurch einzelne Stunden zu sein pflege.

Das Gute ist, daß ich Appetit und guten Schlaf habe — denn an Ermüdung und Bewegung fehlt es nicht. Es ist ein Leben so verschieden von meinem sonst gewohnten, vor diesen Tagen des Umschwungs, daß man sich nichts verschiedeneres denken kann. An die Stelle des Studierens in Büchern, des Arbeitens mit der Feder ist das Lernen im Umgang mit andern, das Wirken durch Rede und Beschluß getreten. So ungewohnt es ist, so ermüdend oft und keineswegs immer befriedigend — so ist doch die Befriedigung im ganzen bei mir das bei weitem überwiegende Gefühl; man lernt außerordentlich, man fühlt, daß man lebt, man sieht warum.

In den öffentlichen Sitzungen schweige ich und stimme ab, — wie natürlich die meisten, und bis jetzt im ganzen auch die bedeutendsten Mitglieder thun. Es ist in der Regel das Beste, was man thun kann. Nur einmal bin ich auf der Tribüne gewesen, um ein paar kurze Bemerkungen zu machen, und auch das hätte ich besser bleiben lassen. Anfänglich war viel unnützes Gerede und es kommt auch jetzt noch vor, aber darüber sich unmäßig ereifern kann nur derjenige, der die Menschen ganz anders voraussetzt, als sie sind. Manche haben auch sehr darüber geklagt, daß man so viel bei Formen stehen geblieben; das ist wieder größtenteils unrichtig: es ist notwendig, im Anfang die Formen zu ordnen, und dies kann bei einer so großen Versammlung so neuer Art nicht in gedrängter Kürze geschehen. Zudem sind denn doch wirklich mehrere sehr wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Daß es schneller gehen möchte, wünschen wir heimlich alle, besonders um des Eindrucks auf das harrende Volk willen, — aber sehr oft ist die Erwartung ungerecht, daß es schneller gehen müsse. Was am meisten dazu dient, die Debatten abzukürzen, sind die Klubsberatungen, denen ich fast alle Abende da oder dort anwohne. In diesen habe ich denn auch schon öfter gesprochen. Man erwägt die Fragen, welche in der großen Versammlung vorkommen sollen, hier oft sehr gut. Noch ist dieses Klubwesen nur bei der Linken recht organisiert, aber diese bessere Ordnung wird auch bei den anderen Parteien, wie sie sich an den großen Fragen hauptsächlich mehr und mehr scheiden müssen, nicht ausbleiben. Wie viel Intelligenz hier ist, das sieht man bei den Beratungen in Klubs und in der Versammlung doch sehr deutlich darin, daß, wenn man schweigend eine Zeit lang der Debatte zuhört, immer ein Gedanke nach dem andern einem von den Rednern weggenommen wird. Dies ist notabene nicht bloß meine Bemerkung, sondern es ist der Grund, warum so Viele schweigen, die wohl etwas Gutes sagen könnten: wenn es ein anderer sagt, so thut es ja den nämlichen Dienst.

Am 18. Juni schreibt er: „Morgen beginnt die Verhandlung über die Zentralgewalt, weshalb ich heute mit meinen Gefinnungsgenossen noch einiges zu besprechen habe.“

Da er selbst sich nicht über seine Ansicht und seine Erwartungen von dem mutmaßlichen Ergebnis der Verhandlungen ausspricht, so schalten wir den Bericht eines württembergischen Kollegen und Gefinnungsgeoffen, auf dessen Berichte Fallati die Seinen wiederholt verweist, des Rektors Rümelin von Nürtingen, ein, welcher an demselben Tag an den Schwäbischen Merkur unter dem Zeichen $\triangle$ Folgendes schreibt:

18. Juni 1848. „Endlich haben wir in der Nationalversammlung auf morgen die verhängnisvolle Beratung über die Zentralgewalt auf der Tagesordnung. Tag und Nacht sind Sitzungen und Vereinigungsversuche in den Klubs; im Gefühle, daß diese Entscheidung, mag sie ausfallen wie sie will, einen großen Wendepunkt in der Geschichte unserer Revolution bilden, daß sie jedenfalls in einem oder dem andern Teile Deutschlands den größten Anstoß, vielleicht Spaltung und Bürgerkrieg erregen wird, sind alle von der gewaltigsten Spannung und Aufregung ergriffen. Der Hauptkampf am ersten Tag wird sein: Triumvirat oder Präsidium? Jenes halten sehr viele für das Notwendige und einzig Ausführbare, obgleich nur sehr wenige eine Freude daran haben, und etwas Befriedigendes darin sehen. Und das kann man auch nicht. Wer kann leugnen, daß bei diesem Triumvirat die Spaltung und das Sonderinteresse der großen Staaten eigentlich unsterblich gemacht wird, daß es im Wesen nicht viel anders ist, als der alte Bundestag, daß wir auch so noch einen Staatenbund behalten statt eines Bundesstaats, daß die ganze Einrichtung den Keim der Auflösung in sich selbst tragen muß, während dagegen bei einem Präsidium wenigstens die Hauptsache, um deren willen wir da sind, die das Volk will, nämlich die Einheit, fest hingestellt, somit aller Spaltung, allen Sondergelüsten zum voraus ein Ziel gesetzt wird. Diese handgreiflichen und unleugbaren Wahrheiten wirken so stark, daß viele, die früher nur wegen der Unausführbarkeit an kein Präsidium Glauben hatten, den Zweifel an dieser Möglichkeit aufgeben und selbst das Unwahrscheinliche dem Unbefriedigenden vorziehen. Wenn man sieht, wie das Einzige, was sich an die bestehenden Verhältnisse anschließt, die Dreieheit, etwas Verwickeltes, Kompliziertes, dem einfachen gefunden Sinn des Volks, vollends in einer so aufgeregten Zeit, als ein unnatürlicher Gelehrtenrat Erscheinendes ist, so muß man schließen, nun so taugen eben gerade diese bestehenden Verhältnisse, wenn sie durchaus keine Einheit möglich machen und die Nation doch eine will, selber nichts, und man muß sich ebenso weit in einen Kampf mit ihnen einlassen, als es für die Einheit unumgänglich nötig wird.“ — In den folgenden Tagen berichtet derselbe Korrespondent weiter: ein mit großer Mehrheit zu fassender Beschluß werde Deutschland einen Präsidenten geben, entweder den Erzherzog Johann oder Heinrich von Gagern, von den Regierungen vorgeschlagen, von der Versammlung ernannt.

Fallati, welcher schon während der Wahlagitation die preußische Hegemonie als das allein richtige Mittel zur politischen Einheit Deutschlands angesehen hatte, war erschrocken, als bei diesen Vorbereitungen der Name des Erzherzogs auftauchte, doch wollte er nicht ernstlich dagegen auftreten, um nicht das vielleicht einzig Mögliche zu hindern. Denn daß der König von Preußen oder ein preußischer Prinz damals unmöglich war, sah er recht wohl ein. So entschloß er sich denn, wenn auch mit schwerem Herzen, für Erzherzog Johann zu stimmen. Er nahm die erfolgte Wahl als vollendete Thatfache mit dem Vorsatz auf, ihr eine möglichst gute Seite abzugewinnen, und suchte die Kritik, die sich ihm aufdrängte, zum Schweigen zu bringen.

Den 2. Juli 1848. — „Zwei sehr bewegte Wochen sind zu Ende, — besser zu Ende, als es im Anfang der letzten den Anschein hatte, freilich nicht so gut, als es zu wünschen wäre. Wir alle sind abgesehen von der Arbeit und Gemütsbewegung, welche diese Verhandlungen über die Zentralgewalt mit sich brachten; das konnte man recht deutlich in der gestrigen Sitzung merken. — Ich bin jetzt aber begierig zu hören, welchen Eindruck die Beschlüsse der Versammlung in der Zentralgewaltfache zu Hauße gemacht haben, und was man über die Abstimmungen sagt. Wenn du Bekannte von mir siehst, so bitte sie doch zu schreiben; aus dem Beobachter hört man in der Regel nur das Echo der äußersten oder nächstäußersten Linken. —

Gestern sind die Wahlen der Vorsteher der fünfzehn Abteilungen vorgenommen worden, in welche alle Mitglieder der Versammlung je nach vier Wochen

verlost werden. Die neunte Abteilung hat mich zu ihrem Vorsitzenden gewählt; der Gegenkandidat war Itzstein. Dies ist eine Stelle, die sehr wenig zu thun giebt: man hat die Sitzungen der Abteilung zu leiten, welche nur dazu gehalten werden, um die Ausschüsse zu wählen (jede der fünfzehn Abteilungen wählt aus sich ein oder zwei Mitglieder in jeden Ausschuß, je nachdem er fünfzehn oder dreißig Mitglieder stark ist) und ist zugleich Mitglied des Legitimations-Ausschusses, der aus den Vorstehern aller Abteilungen besteht, aber natürlich jetzt, nachdem die Versammlung ihrer Vollzahl so nahe ist, fast nichts mehr zu thun hat.

Den 22. Juli 1848. Diesmal, liebe Mutter, hast du sehr lange auf einen Brief warten müssen; ich hoffe, du hast dich nicht geängstigt. Zuerst wartete ich auf deinen Brief, um ihn gleich mitzubeantworten; als er am letzten Sonntag kam, begann eine Woche so anstrengender Sitzungen, daß zum Schreiben zu Hause nicht Kraft noch Zeit blieb. Alle Tage hatten wir lange öffentliche Sitzungen und fast alle Tage abends noch Ausschußsitzungen. Ich kann dir dies Leben nicht besser schildern, als mit den Versen, die mein Kollege Kaufmann Draege aus Bremen auf einen Tisch des volkswirtschaftlichen Ausschusses geschrieben hat. Er hat sie überfrieben:

„Der müde Abgeordnete,“

und sie lauten:

„Von Sieben bis Neun uns schon zu plagen,
Und damit bis Drei mit leerem Magen
Endlose Reden abzufitzen
Und in Sankt Paul für's Volk zu schwitzen,
Dann matt und müd zum Mittagessen,
Und gleich nach Tisch nochmals gefessen,
Bis in die Nacht fortdisputieren,
Egalis-, visier-, nivellieren;
So Sonn- und Festtag alle Tage —
Das, Volk! ist Deputiertenplage!“

Zu Hause: Stimmung und Stellung haben sich, seitdem ich von Tübingen abreiste, bei mir sehr geändert. Es versteht sich von selbst, daß die Aufregung der Zeit der Wahl jetzt auch bei mir vorbei ist. Aber auch meine Stellung ist eine andere, als ich mir gedacht. Ich glaubte, als ich ankam, daß ich öfter auf der Rednerbühne erscheinen und dort mehr Erfolg haben würde, als es der Fall gewesen. Das Beste wäre gewesen, wenn ich gar nicht hinaufgegangen wäre; ich glaube mich zwar nicht blamiert zu haben, aber, einen Fall ausgenommen, ist, was ich gesagt, ohne Wirkung gewesen, so daß ich also besser auf meinem Platz geblieben wäre. Du weißt aber, wie ich bin, der Eifer trieb mich, und diesen Eifer lernt man erst allmählich mäßigen. Es ist hier eine gar gute Schule der Bescheidenheit: man muß einsehen, wie viel trefflichere Männer da sind, als man selbst ist. Man sieht zugleich, wie mancher Ruf auf der Rednerbühne scheitert, — das schreckt auch zurück.“

Ogleich Fallati in der Nationalversammlung nur selten das Wort nahm, so machte er sich doch bald als ein Mann von Intelligenz und Rednergabe bemerklich, denn in dem Klub sprach er öfters und wurde gerne gehört. Als es sich um Besetzung der Ministerien handelte, wurde er von verschiedenen Seiten als eine zur Repräsentation geeignete Persönlichkeit genannt. Besonders wurde er dem Handelsminister Duckwitz für die Stelle eines Unterstaatssekretärs empfohlen. Daß er Mitglied einer staatswirtschaftlichen Fakultät war, diente wohl auch zu seiner Empfehlung. Duckwitz, der ihn noch nicht persönlich kannte, ließ ihn am 27. Juli

zu sich rufen, und fand bald die gute Meinung, die er von ihm hatte, so bestätigt, daß er nicht zögerte, ihm die Unterstaatssekretärstelle anzubieten. Fallati erklärte sich bereit, erbat sich aber Bedenkzeit und die nötige Frist, um sich mit seinen politischen Freunden besprechen zu können. Das Ergebnis seiner Unterredung war die Bedingung, daß noch andere Mitglieder des linken Zentrums in das Ministerium gezogen würden. Darauf ging man ein. Ein anderer Württemberger, Robert von Mohl, wurde zunächst für die Unterstaatssekretärstelle im Ministerium des Auswärtigen in Aussicht genommen und dann für das Justizministerium bestimmt, und der rheinische Advokat Widenmann, ebenfalls ein Mitglied des Württemberger Hofes, ihm als Unterstaatssekretär beigegeben. Am 10. August wurden Mohl, Fallati und Widenmann ernannt.

Fallati berichtet in seinem Tagebuch die Geschichte der Bildung des Ministeriums ausführlich. Wir ersehen daraus, daß die Verteilung der Repräsentation an die verschiedenen Fraktionen ein Hauptgeichtspunkt war. Auch hebt Fallati hervor, daß der Erzherzog Reichsverweiser eine sehr passive Rolle bei der Personalfrage spielte. Man legte dem Reichsverweiser die bereits abgemachte Sache vor, und er hatte nur die formelle Ernennung zu vollziehen. —

Die erste Gelegenheit zum öffentlichen Auftreten des Ministeriums war die Reise zum Kölner Dombaufest. Dieses Fest, schon früher zur Feier des großartig vorgeschrittenen Baues projektiert, gewann jetzt erhöhte Bedeutung. Nicht nur wurden die Mitglieder der Nationalversammlung vom Kölner Dombauverein dazu eingeladen, sondern auch der König von Preußen ließ an den Reichsverweiser, an den Präsidenten und an 25 Abgeordnete noch eine besondere Einladung zum Festmahl ergehen. Sonntag den 13. August wurde die Reise angetreten und wir lassen sie Fallati mit seinen eigenen Worten erzählen: „Die Einrichtung für die Abreise der Nationalversammlung und des Erzherzogs war einer Kommission anvertraut worden, welche zugleich die Deputation bildete, bestehend aus dem Bureau und 15 Mitgliedern. Schlecht genug fiel die Einrichtung aus. Um $1\frac{1}{2}$ Uhr schon fuhren die Deputation und die Mitglieder der Nationalversammlung in Frankfurt weg — um 9 Uhr erst der Reichsverweiser und die Minister. Die ersten warteten so lange in Bieberich, und obwohl nun die Schiffe miteinander abfuhren, welche für beide Abteilungen bestimmt waren, blieben sie doch nicht beieinander, weil die Maschine des einen es nicht so schnell zu fördern vermochte, wie das andere. Unzufriedenheit herrschte nun auf dem langsamern Schiffe, welches die Mitglieder der Nationalversammlung führte, die nicht zur Deputation gehörten. Diese, der Erzherzog, die Minister und solche Mitglieder der Deputation und Versammlung, welche ihre Frauen bei sich hatten, fuhren auf dem schnelleren Boote. Hier war Heiterkeit, nur etwas zu viel. — Der Erzherzog im einfachsten Kostüme, grauen Paletot und schwarzen breitrandigen Hute, aß an der allgemeinen Tafel. Unser besagtes Schiff wurde den ganzen Rhein hinunter mit dem größten Jubel der Bevölkerung aufgenommen; wo ein Haus, eine Hütte am Ufer stand, auf allen Inseln, hinter Büschen und auf Sandbänken waren zurufende, Tücher schwenkende Menschen, ganze Schulen von Kindern, die Pfarrer in der Stola, die Bürgerwehr unter den Waffen mit Gewehrsalven salutierend — eine fortdauernde große Hoffnungsfeier des einigen Deutschlands, auch auf dem preußischen Gebiete. Geschmückte Boote fuhren vielfach heran, einmal um eine Deputation von Coblenz zu bringen, meist nur um zu grüßen mit Ruf und Freudenschuß. Das Wetter warm und hell, so daß wir auf dem Deck den ganzen Tag verweilten und auch zu Mittag aßen. Nur ein paarmal gegen Abend spritzte ein wenig Regen nieder. In Coblenz allein

ward angehalten, um ein wenig ans Land zu gehen längs den Reihen der Bürgerwehr hinunter, die 3000 Mann stark am Ufer aufgestellt war. Als wir vorbeigingen, riefen alle Hoch! Aber mehrere Colonnen riefen: Die Linke hoch! Das Militär war überall zu sehen, besonders auf den Werken von Ehrenbreitstein — aber ohne Waffen, was Mißstimmung erregte, wie auch das schlechte Salutieren der Festung, mit ein paar armfeligen Schüssen. In Cöln kamen wir gegen 8 Uhr abends an, auch hier von jubelndem Volk empfangen; an Bord kam der Festungskommandant, der Bürgermeister und der Kommandant der Bürgerwehr. Reden. Darauf begab sich der Erzherzog zu Fuß in seine Wohnung bei dem Chef-Präsidenten der Regierung und der Bürgerwehr, von Wittgenstein.

Montag, den 14. Auguft. Das Programm des Tages war sehr einfach; der König von Preußen noch nicht in Cöln. Der Reichsverwefer schickte ihm Fürst Lichnowsky entgegen, womit wir Minister unzufrieden waren, allein der Erzherzog hatte es schon angeordnet, ehe wir es erfuhren und ohne Eclat ließ es sich nicht mehr ändern. Um so unpaßender war es, als L. auch dem König von Preußen nicht angenehm sein foll. Wir Minister begaben uns zum Reichsverwefer, um zu besprechen, wie er und wir uns verhalten werden. Er teilte uns mit, daß er abends den König so zu empfangen gedenke, daß er ihm halbwegs bis zum Landungsplatz entgegehe. Dies billigten wir, wünschten aber, daß er es im Frack und nicht in der preußischen Uniform des 16. Regiments, dessen Chef er ist, thun möchte. Er gab nach — allein nun erschien der preußische General Rauch, der ihm von Coblenz aus mitgegeben war, und stellte vor, daß nicht bloß der König im Staate erscheinen werde, sondern daß ihm auch schon mitgeteilt sei, der Erzherzog werde in Uniform kommen; geschähe es nun nicht, so würde die Verstimmlung groß sein. Dies konnte dem gehofften Erfolg der Zusammenkunft schaden und so gaben wir nach: die Uniform wurde abends angezogen. Vorher wohnten wir mit dem Reichsverwefer einem sehr schönen Konzert des Cölner Männergesangsvereins bei, und sahen dann mit ihm in einem Eckhause den Zug in den Dom vorbeiziehen, der sehr schlecht ging — der einzige bemerkenswerte und in Ordnung gehende Teil war die große Anzahl von Mitgliedern der hohen Klerisei, welche mitging. Gegen 6 Uhr kam der König an. Der Reichsverwefer mit den Ministern ging ihm entgegen — stürmische Umarmung von Seiten des Königs, herzlich aber in übertriebener Weise; der König, umgeben von glänzenden Uniformen, geht mit zur Wohnung des Reichsverwefers, wo zuerst wir Minister ihm vom Reichsverwefer selbst vorgestellt wurden. Der Reichsverwefer gab eine halbe Stunde nachher den Besuch zurück, indem er zum König ins Regierungsgebäude sich begab — wir hielten es für paßend, daß bei dieser persönlichen Courtoisie nicht zum zweitenmal das ganze Ministerium ihn begleite, nur der Conseilspräsident (Fürst von Leiningen) ging mit. Im Regierungsgebäude fand dann die Vorstellung der Mitglieder der Nationalversammlung durch Gagern statt. Von dort aus fuhr der Reichsverwefer mit dem König und Leiningen, Lichnowsky nicht gerechnet, nach Brühl. Den Fackelzug abends verfäumte ich.

Dienstag, den 15. Auguft. Am 14. hatten wir den Reichsverwefer veranlaßt, die Truppen zur Parade auf den 15. morgens ausrücken zu lassen; es war daher eine solche auf sein Verlangen angeordnet worden, jedoch offenbar preußischer Seits nur in ganz der nämlichen Weise wie dies jedem fremden fürstlichen Gaste gestattet wird. Es war ausgemacht, daß Wittgenstein an Schmerling als Minister des Innern die Zeit der Parade durch einen Ordonnanzoffizier der Bürgerwehr anzeigen lassen und ihm ein Pferd schicken sollte, damit er die Parade mit dem Erz-

herzog abnehmen könne. Allein an Schmerling wurde gar nichts gemeldet; wir kamen alle (Mevissen, Beckerath, Schmerling und ich) auf den Neumarkt, als die Parade zu Ende war. Drauf als wir zum Reichsverwefer fuhren, war dieser nicht da — und niemand wußte wie wir mit ihm zur Kirchenfeierlichkeit in den Dom kommen sollten. Ich verlangte entschieden von H. v. Wittgenstein, daß er uns dazu verhelfe, er ging nun (übrigens sich verwahrend, daß er keine Schuld an dem Versehen wegen der Parade trage) selbst mit. Allein die Eingänge des Doms, in welchem die Einweihung vor sich ging, waren noch verschlossen —, er wollte uns also weiter führen, so gingen wir dem Regierungsgebäude zu, wo er den König vermutete — als auf einmal ein Geräffel sich hören ließ und Reichsverwefer und König und alle die Uniformen an uns vorbeifuhren. So stand nun das Reichsministerium auf der Straße und konnte spazieren gehen. Denn nachzulaufen und uns durchzudrängen, ohne äußere Auszeichnung wie wir waren, den Versuch zu machen, dennoch zu dem Platze in der unmittelbaren Nähe des Reichsverwefers zu dringen, der uns gebührte, schien uns ganz unpassend. Wir gingen also zu Mevissen und berieten dort, was zu thun sei. Zunächst lag uns praktisch an dem einen Umstand, des Reichsverwefers noch vor dem Frühstück auf dem Gürzenich (das auf 1 Uhr angesagt war) habhaft zu werden, um ihn zum Frack zu bewegen. Wir schrieben dies an Leiningen und schickten Würth mit dem Brief in die Kirche. Um 12 fuhren wir zum Reichsverwefer und fanden ihn zu Hause zurückgekehrt. Aber mit dem Frack war es nichts. Er hatte die Uniform an und sagte, er habe gar kein Kleid von Brühl mit hereingenommen, er müßte nur im Hemd hingehen, in seiner freundlichen populären Weise: „Aufs Kleid kommt es ja nicht an, habe ich doch auf meine österreichische Uniform verzichtet, so kann ich jetzt wohl die preußische ein paar Stunden lang tragen. Wir werden schon zeigen, daß das nichts zu bedeuten hat!“ Was wollten wir machen? So ging es also in Uniform in den Gürzenich, d. h. der Reichsverwefer; wir fuhren nach. Dies war ein sehr schönes Fest — über 1000 Gäste der Stadt; 220 auf der Estrade, 800 unten. Toaste vom König, Reichsverwefer, Gagern, Soiron etc. ausgebracht. Gefang und Musik. Ungefähr um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr brachen wir Minister mit dem Reichsverwefer, König u. s. w. noch vor Ende des Frühstücks auf und fuhren mit einem Extrazug nach Brühl. Hier hielten wir bis gegen 6 Uhr Konferenz mit den preußischen Ministern v. Auerswald und Kühlwetter, an der auch Camphausen Teil nahm. Von $\frac{1}{2}$ 7 Uhr an füllten sich die Zimmer des Königs, die Deputation der N. V. und andere Gäste kamen an, im ganzen waren es wohl 300. Die Plätze für das Reichsministerium und die Präsidenten der N. V. waren gebührend gewählt in der Nähe des Reichsverwefers und Königs. Ich fand dort auch Boisseree. Abends nach 9 Uhr fuhren wir wieder nach Köln zurück — erst um 12 Uhr kam ich, nachdem die Damen im Hause (nämlich bei Herrn Damian Leiden, wo er wohnte) von der Befichtigung der Illumination zurückgekehrt waren, ins Bett. Nach vielem Aerger in der ersten Hälfte des Tages war die zweite befriedigender; die beiden Festmahle gingen ohne Störung vorüber, das auf dem Gürzenich in lebhafter Eintracht. Allein der Zwiespalt zwischen Preußen und Deutschland, zwischen der Revolution und der Reaktion lag doch für das sehende Auge nur schwach verhüllt, ja es brach eigentlich das Uebergewicht, welches Preußen und leider im Sinne der Reaktion hier in Anspruch nahm, obwohl es im Gürzenich wenigstens ihm nicht gezollt wurde, deutlichst hervor. Und die Konferenz war wenig erfreulich.

Mittwoch den 16. August Nun sitze ich hier nach diesen denkwürdigen Tagen auf dem Dampfboot und führe das Vergangene, das immer wieder während

ich es erlebe, traumhaft mir erscheint, mir nochmals zu späterer Erinnerung vor. Es ist gut, auch dies durchlebt zu haben — allein viel solcher Tage der Repräsentation wünsche ich nicht zu durchleben. Persönlich widerstand mir dies Herumstehen und Warten, mehr noch daß ich sehen mußte, wie das alte Hof- und Militärwesen noch festgehalten wird und wie an den Früchten der Revolution schon der Wurm nagt.

Wie wird es nun weiter gehen in Deutschland? Gleich nötig sind Klugheit und Entschiedenheit, und viel wird davon abhängen, ob es dem Ministerium gelingt, für sich selbst und in der Versammlung jedesmal die richtige Wahl zwischen Nachgeben und Beharren, zwischen Anpassen an die Umstände und Festhalten am Grundsatze zu finden!⁴

Die nächsten Tage und Wochen waren sehr ausgefüllt von Geschäften; das Gesamtministerium hielt Sitzungen in Sachen der italienischen und schleswig-holsteinischen Frage. Dazu kamen jetzt auch viele Besuche aus der Heimat. Am 2. September wurden die Akten über den Malmöer Waffenstillstand dem Reichsministerium mitgeteilt, und schon am 3. waren die Hauptartikel gedruckt in Händen der einzelnen Mitglieder des Ministeriums. Vormittags wurde Ministerrat gehalten, in welchem Hecksher den Waffenstillstand analysierte und kritisierte. „Alle sind darüber einverstanden, daß Preußen sowohl formell als materiell ungehörig gehandelt habe, selbst Beckerath hat am Ende kein Wort mehr zu Gunsten Preußens zu sagen. Es wird beschlossen, am folgenden Tag den ganzen Inhalt der Verhandlungen der Nationalversammlung vorzulegen und ihr die Befugnis zuzugestehen, den Waffenstillstand anzunehmen oder zu verwerfen“. Am 4. September teilte Hecksher der Versammlung die Bestimmungen des Waffenstillstandes mit, und zwar in einer Weise, welche annehmen ließ, das Ministerium sei zu Verwerfung des Vertrags geneigt. Dies war aber nicht der Fall, vielmehr sprach sich in dem Ministerrat, der an demselben Tage mittags 12 Uhr gehalten wurde, die Mehrheit für Annahme des Waffenstillstandes aus. Nur Mohl, Fallati und Widenmann waren anderer Ansicht, und Fallati übernahm es, die Gegen Gründe in der Sitzung ausführlich zu entwickeln. Aber auch er ließ sich überzeugen, daß die Annahme nicht zu umgehen oder vielmehr die Verwerfung nicht durchführbar sei. Entscheidenden Eindruck machte auf ihn und seine dissentierenden Kollegen die Frage Schmerlings, mit welchen Mitteln sie den Krieg fortsetzen und überhaupt in Deutschland regieren würden, wenn die Entscheidung der Majorität des Ministeriums zum Fall desselben führen und dann nach parlamentarischem Gebrauch die Minorität das neue Ministerium zu bilden haben würde? Einen schweren Stand hatten die drei genannten Mitglieder des Ministeriums in ihrem Parteiklub, dem Württemberger Hof, der die allgemeine Erhitzung teilte und mit wenigen Ausnahmen für Siftierung oder Verwerfung des Waffenstillstandes war. Sie erschienen dort spät abends, und Mohl berichtete kurz über ihre ursprüngliche, der auch im Klub herrschenden konforme Ansicht, wie sie aber mit widerstrebendem Gefühl darin schwankend geworden seien. Fallati legte ausführlicher die Gründe dar, welche die Verwerfung des Waffenstillstandes höchst gefährlich für das Einheitswerk erscheinen ließen. Man hörte mit Teilnahme zu, aber auf den Beschluß war die Rede ohne Einfluß, und die Verwerfung wurde zur Parteipflicht gemacht. Dadurch war Fallati mit seinen ministeriellen Kollegen zum Austritt genötigt. In einem neuen Ministerrat am 5. September erklärten sie ihre Zustimmung zur Ansicht ihrer Kollegen. Der an demselben Tage gefaßte Beschluß der Nationalversammlung für Siftierung ist bekannt. Damit war für das Ministerium die Notwendigkeit entschieden, seine Entlassung zu nehmen. Fürst Leiningen begab sich zum Reichsverweser, um ihm dies anzukündigen. Derselbe nahm die Sache nicht schwer, und als Leiningen

ihn darauf aufmerksam machte, daß nach parlamentarischem Gebrauch nun Dahlmann, der Hauptvertreter der Verwerfung, zur Bildung des neuen Ministeriums berufen werden müsse, erwiderte er: er wisse das und habe bereits nach Dahlmann geschickt. Fallati meint, der Erzherzog sei eigentlich froh gewesen, das Ministerium los zu sein, da sich daselbe nur wenig um ihn gekümmert hatte. Über seine und seiner Kollegen Stimmung und Lage am 6. September schreibt er: „Der großen Last, die unser Gemüt in den letzten Tagen bedrückt hatte, persönlich entladen, vergaßen wir alle eine Zeitlang das Schwere des Augenblicks. Im Gefühl der Freiheit und der erfüllten Pflicht waren wir heiter geworden. Andere Mitglieder der Versammlung waren nun geschäftig, beladen — viele schienen nun auszurufen: „o weh! wir habens gewonnen!“ Die politischen Freunde des Württemberger Hofes fuhrten fort, uns als zu sich gehörend zu betrachten und luden uns zu ihren Verhandlungen ausdrücklich ein. Wir hielten es zwar für passend, dies während der Krise nicht zu thun, wiesen jedoch keineswegs die Aufforderung zum Wiedereintritt zurück. Gewiß war es wohlthuend zu sehen, wie Männer, welche entschieden gegen unsere Ansichten gewesen waren, unserem politischen Charakter die vollste Gerechtigkeit widerfahren ließen. Und in der Heimat!“ Ja, in der schwäbischen Heimat sah es freilich schlimm aus. Hier hatte, besonders in den städtischen Bevölkerungen, eine sehr radikale Richtung überhand genommen. Viele schienen zu bedauern, daß die Bewegung vor den Thronen der Fürsten Halt gemacht hatte, und meinten, man müsse wo möglich das Verfäulnis nachholen. Wenn man sich auch die Monarchie formell noch gefallen lassen wollte, so verlangte man völlig demokratische und republikanische Einrichtungen, und nur der wurde als ein echter Volksmann angesehen, der möglichst weit links gehen wollte. Neben der altliberalen Partei, deren Führer durch die Märzereignisse ans Ruder gekommen waren, kam eine weitergehende Partei auf, die den Märzministern noch viel heftiger Opposition machte, als diese einst gegen die vormärzliche Regierung gethan hatten. Auch alte Genossen der Märzminister stellten sich nun auf Seite der Opposition. Daher war man mit den Reichstagsabgeordneten, welche bloß bei dem linken Zentrum waren und eigentlich nicht zur Linken hielten, gar nicht zufrieden. Daß Mohl, Fallati und Matby in das Ministerium getreten waren, wollte ihren Wählern schon gar nicht gefallen. In den städtischen Volksvereinen machte sich die radikale Richtung mit vieler Keckheit und Unvernunft breit; Fabrikanten und Handwerker, deren Geschäfte in der bewegten Zeit brach lagen, unzufriedene Schullehrer und Schreiber trieben und hetzten in dieser Richtung. Zur Verbreitung dieses Treibens trug auch das bei, daß die Märzminister sich scheuten, gegen ihre alten Genossen einzuschreiten, um sich nicht noch mehr unpopulär zu machen und ihren Einfluß vollends zu verlieren. Dadurch kam es, daß manche junge Beamte und Lehrer, die berufen gewesen wären, dem radikalen Treiben Einhalt zu thun, sich entweder von der allgemeinen Strömung mit fortreißen ließen, oder, unsicher ob sie nicht von den Behörden im Stiche gelassen würden, es unterließen dagegen aufzutreten und streng ihre Pflicht zu thun. Andere, die den neuen Ideen überhaupt nicht zugethan waren, ließen aus Schadenfreude geschehen, was zu hindern sie den Mut nicht hatten.

Die Ereignisse freilich trugen auch dazu bei, die Gemüter in Aufregung zu versetzen. In Frankfurt war es indessen zu förmlichen Revolutionscenen gekommen, von denen Fallati am 19. Sept. in Kürze folgendes schreibt: „Die Zeit wird immer ernster. Am Abend nach der Annahme oder vielmehr Nichtverwerfung des Waffenstillstands von Malmö kamen abends schon Unordnungen hier vor, besonders am englischen Hof und in Westendhall. Sonntag war große Volksversammlung auf

der Pfingstweide, wo die Deputierten der Linken Zitz, Schlöfel, Wefendonck u. a. hetzten. Für gestern Morgen war ein Sturm auf die Paulskirche zu erwarten, da man die herbeigezogenen Haufen nachts in der Stadt behielt. Der Senat hält sich nicht mehr für stark genug, die Versammlung zu schützen und bat nachts 12 Uhr um Übernahme dieser Pflicht durch das Reichsministerium. Vorläufig hatten die anwesenden Mitglieder des alten Ministeriums nebst Gagern sich schon Sonntag Abend zur Beratung versammelt und beschloßen dann gestern Morgen definitiv, bis zur Bildung eines andern Ministeriums, die Zentralgewalt interimistisch wieder mit voller Verantwortlichkeit zu führen, was wir jetzt thun konnten, nachdem unsere Ansicht wegen des Waffenstillstands in der Paulskirche gefiegt hatte, und zu thun für Pflicht hielten, weil dem Vaterland Gefahr drohte. Hecksher war in Wiesbaden — um sich dem schon Sonnabend nach ihm suchenden Gefindel zu entziehen —, an seiner Stelle übernahm Schmerling auch das Äußere. Der Schutz der Versammlung wurde vom Reichsministerium übernommen. Der Bürgermeister hatte nur 2 Bataillone von Mainz kommen lassen; Peucker sorgte aber für größere Truppenmassen und Artillerie. Einige Anträge der Linken in Bezug auf die Tagesereignisse wurden in der Versammlung nicht für dringend erkannt und man beriet bis 1/22 Uhr über die Schule — Art. IV der Grundrechte. Unterdeß pochte es einmal stark an einer Thüre der Kirche von andrängender Volksmenge (vielleicht bloß, weil sie die Thüre zur Gallerie verfehlte) — in den umliegenden Straßen wurden Barrikaden gebaut, aber zum Teil sogleich vom Militär genommen. Ich ging nach der Versammlung nach Hause, weil ich etwas zu schreiben und auch weil ich Kopfweh hatte. Als ich gegen 5 Uhr wieder in die Stadt ging, erfuhr ich erst, daß der Kampf an den Barrikaden schon begonnen hatte und daß eine kurze Waffenruhe gewährt worden war, weil die Linke zu vermitteln suchte. Allein die wahnfinnigen Auführer forderten Zurückziehung des Militärs und Amnestie — statt sich unbedingt zu unterwerfen oder wenigstens die Barrikaden augenblicklich wegzuräumen. Nun galt es den vollsten Ernst. Die Truppenzahl war unterdeß von Mainz und Darmstadt aus mit Infanterie, Kavallerie und Geschütz vermehrt worden; man griff die Barrikaden mit Kartätschen und stürmender Hand an. Dabei fielen ziemlich viele der Angreifer, namentlich Offiziere vom 38. pr. Regiment. Ein Jammervolles geschah — General Anerswald und Fürst Liehnowsky, wahrscheinlich um den erwarteten weiteren Truppen entgegenzugehen, ritten vor die Stadt, und wurden von einer Bande überfallen und ermordet. In der Stadt war bis 9 Uhr das Militär überall Sieger. Der Reichsminister des Inneren erklärte Frankfurt in Belagerungsstand.“

Nachdem die Aufregung sich wieder etwas gelegt hatte, schreibt der oben erwähnte $\triangle$ Korrespondent am 23. Sept.: „Man ist sehr gespannt auf Nachrichten aus Baden und Württemberg; besonders unser engeres Vaterland gilt als das haltungsloseste, unterwühlteste Land in ganz Deutschland. Jedermann fragt, was man denn eigentlich bei uns wolle, welche Stellung die Regierung einnehme, was für Männer an der Spitze der Bewegung stehen.“ — „Die Nationalversammlung,“ fährt er fort, „ist in einer schweren Krisis begriffen; es läßt sich nicht leugnen, sie hat durch ihre zwischen Nord- und Süddeutschland vermittelnde Haltung, durch ihren universal-deutschen Charakter, die partikular-deutschen Richtungen im Süden und Norden zurückgestoßen, und im Süden vollends durch den letzten Beschluß (die Aufhebung des Siftierungsbefchlusses) einen großen Teil des Vertrauens eingebüßt, während sie im Norden und in Österreich dieses Vertrauen eigentlich nie recht befaß. Ihre Lage war nie schwieriger und hoffnungsloser, und doch wird sie diese Krisis überstehen und das Werk, das ihr die Nation anvertraut hat, vollenden.“

Traurig genug ist es, daß in Süddeutschland die Zentralgewalt und die Mehrheit der Nationalversammlung ihre Autorität jetzt darauf begründen muß, daß sie dem tollen Treiben ein Ende macht und den unverständigen Parteien die Köpfe zurechtfetzt. Die Nationalversammlung wird, nachdem man die von ihr gebotene Freiheit ungenügend gefunden, in Süddeutschland als Beschützerin der Ordnung und Retterin von der Anarchie ihre Bedeutung gewinnen. Das wird zuverlässig einst die unparteiische Geschichte sagen, daß die Schwierigkeiten ein einiges Deutschland herzustellen gerade so gut von dem Unverstand und Sondergeist der Süddeutschen, von ihrem blinden Preußenhass, von ihrer völligen Unkenntnis der Verhältnisse in anderen Teilen des Vaterlandes ausgegangen sind, als von der unredlichen Politik Preußens, von der indolenten und völlig passiven Stellung Österreichs.“

In Tübingen, wo Fallati so große Popularität erlangt hatte, daß man ihn fast lieber als Uhlant zum Vertreter nach Frankfurt geschickt hätte, fand man seine dortige Haltung viel zu konservativ. Nicht nur im demokratischen Volksverein herrschte diese Ansicht, auch bis in die Professorenkreise hatte sich einiges Mißtrauen gegen ihn festgesetzt, und die Vergleichung mit dem allgemein verehrten Uhlant, der, wenn auch nicht in allem mit der Linken einverstanden, doch meistens und in den wichtigsten Fragen mit ihr stimmte, gereichte ihm auch zum Nachteil. Als nun vollends seine Zustimmung zu dem Malmöer Waffenstillstand bekannt wurde, war das abschprechende Urteil über ihn fertig. Man faßte die gegen seine ursprüngliche Ansicht erfolgte Umstimmung so auf, als ob er gegen seine Überzeugung, aus Mangel an Selbständigkeit, fremder Autorität sich gefügt hätte, man schalt ihn einen Verräter, der nicht mehr würdig sei seine ganz anders gesinnten Wähler zu vertreten. In dem Organ der Volkspartei, dem Beobachter, wurde eine Reihe von Mißtrauens-erklärungen veröffentlicht, die ihn anklagten, er habe das in den Wahlreden gegebene Versprechen, für Deutschlands Macht und Ehre unter allen Umständen eintreten zu wollen, schmählich gebrochen, und ihm zumuteten, er solle das Wahlmandat zurückgeben. Selbst im Schwäbischen Merkur wurde eine in gemäßigterem Tone gefaßte und an ihn gesandte Adresse aus Herrenberg veröffentlicht, worin erklärt wurde, man finde in seinem Verhalten eine Abweichung von dem Standpunkt, welchen bei diesen Fragen die im guten Kampfe längst bewährten Abgeordneten Württembergs eingenommen haben, man vermisse an ihm die gewiß nicht unbillige Rücksicht auf das Rechtsgefühl und die politische Gesinnung des Heimatlandes, das er vertrete. Es blieb nicht bloß bei schriftlichen Erklärungen, es wurden in Tübingen die gehässigsten Demonstrationen gegen ihn gemacht. In einer der frequentesten Straßen, der Wilhelmsstraße, wurde ein in seiner Weise bekleideter Strohmann, dem sogar sein Name beige geschrieben war, an einem Laternenpfahl aufgehängt, und seiner in Tübingen wohnenden Mutter wurde eine Katzenmusik gebracht. Er ließ sich übrigens durch derartige Kundgebungen in dem sicheren Bewußtsein seine Pflicht gethan zu haben nicht irre machen. Dies sprach er auch in einer öffentlichen Erklärung im Schwäbischen Merkur vom 22. Sept. aus. Er sagt darin: als er das Mandat übernommen, sei er auf alles gefaßt gewesen, was daraus für ihn folgen könnte, auch auf Verlästerung und Schmähung für gewissenhaft erfüllte Pflicht. Er könne auch nicht einem Teil seiner Wähler das Recht einräumen, ihm sein Mandat abzufordern, das unbedingt erteilt worden sei. Gegenüber der Herrenberger Erklärung ließ er sich auf Erörterung seiner Gründe für die Abstimmung in der Waffenstillstandsfrage ein und suchte zu zeigen, daß durch Verwerfung des Waffenstillstandes und Bruch mit Preußen die Macht und Einheit Deutschlands nicht gefördert, sondern in hohem Grade gefährdet worden wäre. Charakteristisch für die Beurteilungsweise seiner

Gegner ist, daß in einer mit Namen unterzeichneten Erwiderung im Beobachter gesagt wurde: Es komme nicht darauf an, ob Fallati mit oder gegen seine Überzeugung dem Waffenstillstand zugestimmt habe, Thatfache sei es, daß er damit bei der Volkspartei in Württemberg den Kredit verloren habe. Also nicht seine Überzeugung und das Gewissen, sondern die Rücksicht auf Popularität solle der Maßstab des Handelns sein! Das Mandat für die Stuttgarter Abgeordnetenversammlung legte er allerdings nieder, weil er, durch seine Pflicht für die Nationalversammlung und das Reichsministerium in Frankfurt auf voraussichtlich längere Zeit festgehalten, keine Aussicht habe, in die auf den Oktober einberufene württembergische Kammer eintreten zu können.

Nachdem das abgetretene Reichsministerium bis auf einige Mitglieder, die andere Geschäfte übernahmen, wieder eingesetzt war und die Dinge sich wieder in dem früheren Geleise fortbewegten, widmete er sich eifrig den Verhandlungen in der Paulskirche und den Geschäften im Handelsministerium. Er schrieb am 24. Sept. seiner Mutter, die auf einen Besuch in der Heimat oder ein Zusammensein an einem dritten Orte gehofft hatte: „Ich kann jetzt hier nicht fort — der Moment ist zu wichtig, denn von allen Seiten regt sich die rote Republik, und es gilt, von seiten der Zentralgewalt mit aller Kraft entgegenzutreten. Zugleich sind jetzt die Geschäfte auf dem Handelsministerium ernstlich in die Hand zu nehmen, denn das Zustandebringen der Zolleinheit und der Ordnung der materiellen Verhältnisse Deutschlands ist eines der notwendigsten Bindemittel unseres so sehr gespaltenen Vaterlandes.“ Von seinen amtlichen Verhältnissen schreibt er sehr befriedigt und ist voll Hoffnung, daß die Thätigkeit des Parlaments noch zu einem Ziele komme.

Frankfurt, 15. Oktober 1848.

Liebe Mutter!

Mit Duckwitz hier auf dem Handelsministerium (wo ich dir auch heute, am Sonntag Nachmittag, schreibe, denn ich bin jetzt heimisch und eingewohnt in dem Lokal) komme ich vortrefflich aus. Es ist eine Freude, mit ihm zu arbeiten; er ist sehr praktisch und im Umgange sehr freundschaftlich. Wären überhaupt die Verhältnisse Deutschlands nicht so schwankend, so könnte man mit der Zuversicht, etwas recht Ersprießliches zu leisten, hier im Handelsministerium arbeiten. Jetzt muß man sich mit der Hoffnung begnügen. Die habe ich aber auch, jetzt mehr als vor einigen Wochen und Monaten, trotz aller bedenklichen Stimmung und Unruhe in vielen Teilen Deutschlands. Wenn es gelingt, die Anarchie niederzuhalten, so wird in viel kürzerer Zeit, als man noch vor vier Wochen denken konnte, die Zentralgewalt definitiv gegründet und die Verfassung vollendet sein. Alles weist darauf hin, zu eilen; die Majorität der Versammlung sieht die Notwendigkeit täglich mehr ein, Deutschlands Gestaltung rasch zu vollenden; vorzüglich aber gewinnt die Ansicht immer mehr Boden, daß man Österreich nicht in den Bundesstaat werde aufnehmen können, sondern nur zum innigen Anschluß mit ihm gelangen werde. Dann ist Preußen unstreitig zu der Herrschaft, oder wenn dieser Ausdruck zu stark sein sollte, zu der Vorherrschaft in Deutschland bestimmt. Alle Schwierigkeiten sind auch dann keineswegs beseitigt, einerseits bleibt die Schwierigkeit, den preussischen vereinigten Landtag zu beseitigen, der neben der Reichsversammlung nicht bestehen bleiben darf, andererseits bleibt die Abneigung Bayerns und der süddeutschen Katholiken zu überwinden. Aber das ist das mindere Übel, das minder Schwierige. Daß sich nur jetzt nicht von Wien aus ein europäischer Brand entzündet; wird dies vermieden, so schreckt mich der Skandal, der leider jetzt in der Nationalversamm-

lung sich häufiger wiederholt, nicht, und auch nicht die gegenwärtige Impopularität der Mehrheit in einem großen Teile Deutschlands.

Mit dem Württemberger Hofe, dem ich bisher angehörte, ist eine Veränderung notwendig geworden. Er hielt innerlich nicht mehr zusammen, ein großer Teil seiner Mitglieder verkannte die Notwendigkeit, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Zentren fest zusammenhalten müssen, um die Zentralgewalt in ihren Bestrebungen für das Ansehen der Gesetze und die Ordnung zu stützen, man fürchtete sich, nicht für links gehalten zu werden, wie bisher, oder stand wirklich viel mehr auf der linken Seite als die übrigen. Schon vor ein paar Wochen erwarteten wir den Bruch; er erfolgte nicht, weil die Linken sich fügten. Aber bald zeigte sich, daß der Schaden nur verdeckt war; bei der letzten Präsidentenwahl entschied sich der zufällig schwach in seiner rechten Seite besetzte Klub für die Wahl Hermanns aus München zum ersten Vizepräsidenten. Nun ist Hermann seit längerer Zeit schon der entschiedenste Gegner des Ministeriums, offen und im Geheimen gegen dasselbe wirkend. Dieser Beschluß des Klubs, mit dessen Willen und Rat wir (Mohl, Widemann und ich) ins Ministerium getreten waren, nötigte uns zum Austritt. Es war wohl von vielen nicht gegen uns gemeint, aber eben daß diese nicht daran gedacht hatten, was die Folge sein müßte, war ein neuer Beweis, nur anderer Art, daß mit ihnen zu gehen nicht mehr ratsam war. Uns folgten in den nächsten Tagen ungefähr 25 Mitglieder, mit wenigen Ausnahmen die eigentliche politische Intelligenz des Württemberger Hofes: Rießer, Biedermann, Wernher von Nierstein, Wurm, eine bedeutende Anzahl Bayern, und schon haben sich uns neue Mitglieder angeschlossen. Wir kommen jetzt im Augsburger Hof zusammen, und stehen in Verbindung mit den beiden andern Fraktionen des Zentrums: dem Landsberg (oder Mainluft) und dem Kasino (früher Hirschgraben).

In einem Brief an seinen Bruder vom 5. Novbr. schreibt er:

„Mein Geschäft ist vom höchsten Interesse — nur mangelt es an Zeit, selbst so daran zu gehen, wie ich möchte. Die Art des Arbeitens ist natürlich gar verschieden von der des Gelehrten zu Hause. Konferenzen halten, Besuche annehmen, mündlich mit dem Minister und den Räten die allgemeinen Punkte festsetzen, die Hilfsmittel angeben und dann andre Leute die eigentliche Arbeit thun lassen, was wir sonst Arbeit zu nennen und selbst zu thun gewohnt sind, das ist jetzt die meiste Beschäftigung. Wir haben jetzt auf dem Handelsministerium schon Räte aus Preußen, Sachsen, Baden, Bremen kommen lassen, darunter höchst tüchtige Leute, mit denen es eine Freude ist zu thun zu haben. Wie der Geschäftsgang ist, siehst du aus der beiliegenden Geschäftsordnung, die ich kürzlich mit Duckwitz entworfen habe. Du entnimmst daraus, daß, obwohl der Minister natürlich für alles verantwortlich ist und alles unterschreibt, wobei wirkliche Verantwortlichkeit ist, wir doch die Geschäfte im übrigen unter uns geteilt haben; er hat namentlich das ganze Zollwesen und die Marine (letztere bis jetzt), um welche Dinge ich mich weniger bekümmere, obwohl ich den Überblick darüber auch immer behalten muß; ich habe für mich das Konsulatwesen, die Flußschifffahrt, die Verträge. Zwei Räte arbeiten zunächst für Duckwitz, zwei für mich. Doch ist das alles nicht so scharf geschieden. Duckwitz' Zimmer und das meinige sind nebeneinander, und das Verhältnis zwischen uns durchaus ohne beengende Formen und kollegialisch ¹⁾.

Im Konseil ist meine Stellung eine ganz ähnliche — allerdings sehr abnorme — die man aber wohl am besten kurz so bezeichnen kann, daß man

¹⁾ Vgl. auch: Denkwürdigkeiten aus meinem öffentl. Leben 1841—1866. Von A. Duckwitz. Bremen 1877.

die Reichsunterstaatssekretäre Nebenminister nennt. Wir haben im Ministerrat keine entscheidende Stimme, weil wir keine Verantwortlichkeit haben; allein da fast nie abgestimmt wird (es ist, glaube ich, seit ich darin bin, zweimal vorgekommen), da nie ohne uns Ministerrat gehalten wird, da wir ganz auf gleichem Fuße mit den Ministern verhandeln, und die Ansicht der Unterstaatssekretäre für die Entscheidung ohne Abstimmung das volle Gewicht ihres Inhalts hat, das ihr, wenn sie gut ist, auch für die Abstimmung der andern nicht entgeht, so ist es in der That, wie Gagern mir sagte, als ich Anstand nahm, ohne entscheidende Stimme einzutreten, fast ohne fachliches Gewicht, ob wir sie haben, formell aber ist es ganz richtig, daß wir sie nicht haben. Außerdem stehen wir formell zurück hinsichtlich des Verkehrs mit dem Reichsverweser: wir nehmen an den je zweimal in der Woche bei ihm stattfindenden Konferenzen der Minister keinen Anteil. Wir haben hierein gewilligt, nachdem festgesetzt worden war, daß in diesen Konferenzen nie ein Beschluß gefaßt werden solle, der nicht vorher im Ministerrate in unserem Beisein verhandelt und vorbehaltlich der Genehmigung des Reichsverwesers gefaßt worden. Die ganze Stellung, in der wir sonst sind, und die Persönlichkeit der Minister giebt uns die Garantie, daß dies auch wirklich so gehalten wird. Dies ist das Verhältnis der Unterstaatssekretäre und meines insbesondere, das du zu kennen verlangt hast.

Willst du wissen, was ich von den hiesigen Verhältnissen überhaupt und namentlich von den Verhandlungen in der Paulskirche denke, so wirst du es am besten aus den $\triangle$ -Korrespondenzen des Schwäbischen Merkurs sehen, mit denen ich in der Regel einverstanden bin, und sie daher natürlich zu dem Besten rechne, was überhaupt in Zeitungen von hier aus berichtet wird.“ Dieser Anweisung folgend finden wir in einem Artikel vom 11. Novbr. einen sehr interessanten Überblick der Parteien und Klubs der Nationalversammlung. Rümelin meint, daß die acht verschiedenen Klubs, von denen die drei des Zentrums die entscheidende Majorität bilden, eigentlich in drei Gruppen zusammenfallen, deren Charakter sich durch ihr Verhältnis zur Revolution bestimme. „Die eine,“ sagt er, „will den Schlund der Revolution schließen, ihren Strom in ein gesetzliches friedliches Bett hinüberleiten und die Errungenschaften des Frühjahrs in einer geordneten, dauerhaften Verfassung feststellen. Sie will die volle konstitutionelle Monarchie im Gesamt- und Einzelstaat, ungefähr nach dem Muster des belgischen Staates; sie will weder den Zentralstaat noch den Staatenbund, sondern die Einheit in allem Notwendigen, im übrigen die Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Diese Partei bildet eine starke geschlossene Mehrheit, die unbekümmert um alle Verdächtigungen, und sicher, daß sie den Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes vertritt, das ihr aufgetragene Werk im Laufe dieses Winters, allen Hemmnissen und Angriffen zum Trotz, durchführen kann. Sie gebietet über nahezu zwei Dritteile aller Stimmen, hat ihren Schwerpunkt in den drei Fraktionen des Zentrums und übt durch das aus ihr genommene Reichsministerium die vollziehende Gewalt in Deutschland aus. Ihr steht feindlich die Partei derjenigen gegenüber, die in den Errungenschaften des März nur einen ungenügenden Anfang der Freiheit sehen und eine Reihe von weiteren Revolutionen für notwendig halten, um ihr Ideal von Freiheit, die demokratisch-soziale Föderativrepublik, herbeizuführen. An einer Mehrheit in der Nationalversammlung nach so vielen vergeblichen Versuchen verzweifelnd, sieht sie nur außerhalb derselben ihr Heil und kann nur von weiteren Erschütterungen der gesetzlichen Gewalten in den Einzelstaaten, besonders in Wien und Berlin, eine Verwirklichung ihrer Bestrebungen hoffen, weswegen sie den Verteidiger des 18. Septembers, des Wiener Aufstandes, der Berliner Excesse, des sächsischen Partikularismus macht. In Verfassungsfragen

will sie eine republikanische Spitze und vollständige Zentralisation. Sie besteht aus den zwei Fraktionen der Linken und gebietet über nicht ganz hundert Stimmen. In der Mitte zwischen diesen scharf geschiedenen Parteien steht nun eine dritte, welche in keiner der zwei genannten Richtungen entschieden ist, die Revolution weder fortsetzen noch schließen will, wenigstens weder im einen noch im anderen Sinn unzweideutige Schritte thut. Sie tadelt zwar die Aufstände und Gewaltthatigkeiten, aber auch die Mittel, durch die ihnen allein begegnet werden kann; sie verabscheut den 18. September, den Struve'schen Aufstand u. s. w., bekämpft aber das Ministerium in allen Maßregeln, die zur Aufrechthaltung der Ordnung nötig sind; sie mißbilligt die Excesse der Linken, stellt sich aber dem Zentrum viel schroffer und feindlicher entgegen, sie sieht in dem Balken in des linken Bruders Auge einen Splitter, in dem Splitter in des rechten Bruders Auge einen Balken. Sie hält sich dicht an der Grenze der Revolution, ohne sie zu überschreiten und ohne sich von ihr zu entfernen. Es ist die deutsche Gironde, nur weit geringer an Zahl, Talent und Ausichten; es sind die Aristokraten der Linken, die idealen Republikaner, die das Alte bekämpfen und doch das Neue nicht herbeiführen, weil sie vor den Mitteln eine Scheu haben, durch die es allein herbeigeführt werden kann. Würde es dahin kommen, daß wir auch in Deutschland den Taumelkelch der politischen Thorheiten austrinken und die Tragödie von 1792 nachäffen sollten, so wäre diese Gironde die erste, welche von der „Frakturschrift der Freiheit“ gezeichnet, von dem Strom der Volksgewalt bei Seite geschleudert würde.“

Die frohe Hoffnung, die Fallati in seinen letzten Briefen ausgesprochen hatte, wurde bald wieder getrübt durch die Nachrichten aus Berlin, wo der Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung sich bis zur Steuerverweigerung gesteigert hatte. Er schreibt am 22. November: „Wir haben hier schwere Tage seit dem Beginn des Berliner Konfliktes, der aufs neue alles in Frage stellt, was für die ruhige Entwicklung zur Einheit und zur gesetzlichen Freiheit Deutschlands gewonnen schien, seit die Waffenstillstandskrise bestanden war!“ Einerseits wurde König Friedrich Wilhelm IV. durch das, was er im eigenen Lande erleben mußte, immer mehr verstimmt gegen die Volksforderungen, und hörte auch in dem, was die Majorität der Frankfurter N. V. wollte, nur die Stimme der Revolution, und andererseits wurde er bei der Nationalversammlung immer unbeliebter, und die Geneigtheit, ihn zum Oberhaupt des Deutschen Reiches zu wählen, immer zweifelhafter. Was Fallati von Hause hörte, war nicht geeignet, ihn zu trösten. In Württemberg stimmte die im Herbst einberufene Landesvertretung in den Ton der Frankfurter Linken ein, während das Ministerium sich immer noch nicht entschließen konnte, kräftig einzuschreiten und mit seinen ehemaligen Parteigenossen zu brechen. In einem Briefe vom 3. Dezember heißt es: „Ich könnte von der Politik der letzten Wochen noch gar manches schreiben“, (es schwebten damals die Verhandlungen über und mit Österreich infolge des Kremfierer Programms) „aber ich will heute von diesen schweren Dingen schweigen und von den Tagen, wo alle Kraft des guten Mutes und der Hoffnung für die Erreichung unseres Zieles, der Einheit Deutschlands, in mir zum erstenmale recht gründlich erlahmte. Ich will umsomehr davon schweigen, als ich schon wieder mutiger bin, und aufs neue hoffe. Ich halte fest an meinem alten Grundsatz, die Sache nicht aufzugeben und dafür thätig zu sein, so lange sich auf eine Weise dafür wirken läßt, die mit meinem Gewissen verträglich ist und nichts Schlimmeres an die Stelle des Schlimmen setzt.“ Rümelin schreibt am 9. Dezbr.: „Unter den vielen Schwierigkeiten, die sich aufs neue von allen Seiten auftürmen, und die um so ernstlicher sind, je mehr sie nicht wie sonst von der tollen Leiden-

schaft verblendeter Volkshaufen, sondern von der berechneten Haltung der effektiven Gewalten drohen, steht die österreichische Angelegenheit darum obenan, weil sie das Verfassungswerk am unmittelbarsten bedroht. Durch das offiziell mitgeteilte Programm der österreichischen Regierung ist die Antwort auf §. 2 und 3 ¹⁾ als gegeben zu betrachten. Daraus folgt für die, welche wissen, was sie wollen und was Deutschland not thut, daß nicht §. 2 und 3, sondern §. 1 abgeändert wird, der den Umfang des Bundesstaats bestimmt. Es muß klar ausgesprochen werden, daß in den engeren Bundesstaat, der für Deutschland notwendig ist, Österreich nicht eintreten kann und demnach das Verhältnis Österreichs zu Deutschland durch eine besondere Bundesakte im Wege der Verhandlung geregelt werden muß. So lange das nicht geschieht, kommen wir aus der unwahren und unerträglichen Stellung nicht heraus, in welcher wir von der Voraussetzung aus, daß Österreich zum Bundesstaat gehöre, der Zentralgewalt die Ausführung von Beschlüssen übertragen, die kein Ministerium der Welt ausführen kann, so lange dort die ganze Grundlage des Verhältnisses geleugnet wird. Entweder muß man, wie die Linke konsequenterweise will, Österreich mit Gewalt erobern und dem Bundesstaat einverleiben, oder muß man auf das Gebiet der Verhandlung übertreten mit einem Staat, der den Charakter einer einheitlichen europäischen Großmacht nicht aufgeben kann und will.“ Dasselbe Thema setzt der Verfasser in einem Artikel vom 16. Dezbr. fort: „Es muß sich zeigen, ob im deutschen Volk und in der hiesigen Versammlung politischer Takt und Sinn genug ist, um aus all dieser Halbheit und Verworrenheit hervorzutreten, einen kühnen Entschluß zu fassen und auszuführen. Das halten wir für den Anfang der Erkenntnis in dieser Sache, daß man alle Gedanken an ein periodisches Wahlloberhaupt, an einen Turnus, an ein Bundesdirektorium, an einen gewählten Präsidenten aufgibt und nur die zwei einzigen günstigsten Möglichkeiten gegen einander abwägt, mit Österreich die Trias, oder ohne Österreich die preußische Hegemonie.“ Nachdem der Verfasser die Untauglichkeit des ersten dieser beiden Wege zur Einheit dargethan, erklärt er sich entschieden für den zweiten, und schließt: „In Betreff der Versammlung ist soviel gewiß: wenn sie in der Oberhauptsfrage das Richtige trifft, so wird ihr Name groß sein und sie wird einen Glanzpunkt bilden in Deutschlands Geschichte, wenn ihr aber dies nicht gelingt, so ist alles, was sie sonst gethan, gleich Null, und sie wird versunken und vergessen sein im Buch der Geschichte, mit allen ihren Grundrechten, Interpellationen, guten und schlechten Reden.“

Mit solcher Klarheit war also damals schon von hellen Köpfen das Ziel erkannt, das 22 Jahre später erreicht worden ist und als ein glänzender Sieg der Idee sich erprobt hat. Die Nationalversammlung hat schließlich durch ihre Kaiserwahl des preußischen Königs das Richtige getroffen, und wenn sie es auch vorläufig nur mit theoretischem Erfolg festgestellt hat, so hat sie doch dadurch schon unvergängliches Verdienst erworben.

In diese Zeit fällt ein Ereignis, welches Fallati lebhaft in Anspruch nahm, das Ausscheiden Schmerlings aus dem Ministerium. Schmerling selbst hatte Gagern vorgestellt, es werde besser sein, wenn die Verhandlungen mit Österreich von einem diesem Staat nicht angehörigen Minister geleitet werden, und ihm angeboten, zu diesem Behuf seinen Eintritt in das Ministerium als dessen Präsident zu vermitteln. Darauf wurde eingegangen, aber in den Klubs der Zentren machte sich nun die

¹⁾ Kein Teil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staat vereinigt sein. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen daselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

Anficht geltend, es sei nicht passend, daß Gagern als Kollege Schmerlings eintrete, gegen welchen ein entschiedenes Mißtrauen sich kundgab, und daß Schmerling vorher austreten müsse. Dagegen sprach Fallati in seinem Klub, einmal weil er glaubte, man thue Schmerling Unrecht, er verdiene dieses Mißtrauen nicht, und dann weil er seine Verdrängung für unpolitisch hielt und fürchtete, Schmerling werde, dadurch gekränkt, um so mehr feindselig gegen die Nationalversammlung und gegen die deutsche Sache wirken. Und mit dieser Befürchtung behielt er leider recht, denn Schmerling intrigierte von nun an offen und geheim gegen Deutschland. Die letzten Wochen des Jahres 1848 und die erste des folgenden gingen in unentschiedenem Schwanken dahin, und die Briefe Fallati's zeigen eine ziemlich resignierte Stimmung. Endlich am 13. Januar wurde nach dreitägiger sehr erregter und an gewichtigen Erörterungen reicher Debatte ein Sieg für das Gagern'sche Programm errungen, welches einen engeren deutschen Bundesstaat und weiteren Bund mit Österreich forderte, indem die vom Reichsministerium erbetene Ermächtigung zu Verhandlungen mit Österreich mit einer Mehrheit von 37 Stimmen gewährt wurde. Fallati schreibt darüber am 15. Januar: „Die Entscheidung ist einer der bedeutendsten parlamentarischen Siege, welche sich denken lassen. Gagerns Persönlichkeit ist es, welche es allein möglich gemacht hat, daß das Programm, das vor 4 Wochen so ungünstig von der Versammlung aufgenommen wurde, jetzt die Majorität erlangen konnte.“ In Erwiderung auf die in Briefen aus der Heimat ihm ausgesprochenen Befürchtungen, daß eben doch schließlich alles beim Alten bleiben werde, schreibt er: „Die Rückschläge, die da und dort erfolgt sind, dürfen nicht irre machen; es wird nicht gelingen, das Alte wiederherzustellen. In Württemberg freilich ist der politische Gesichtspunkt leider vielfach ein ganz schiefer; weil die unerfüllbarsten Wünsche nicht Wirklichkeit geworden sind, übersieht man nicht nur die wirklich errungene Freiheit, sondern man hat allen Blick verloren für das auch hinsichtlich der Einheit Deutschlands, trotz allen Schwierigkeiten, die zu überwinden bleiben, gewonnene Fundament; für die Gewalt, welche die Idee der Einheit täglich selbst bei den widerwilligen Fürsten übt; für die echte patriotische Gefinnung und politische Weisheit, die unsere Frankfurter Versammlung, trotz aller ihrer Mängel und aller Fehler, die sie gemacht hat, als einen wahren Hort Deutschlands, als eine vernünftige Oase inmitten einer wahren Wüste von politischer Thorheit, die sich in den Ständeverfassungen und Volksvereinen so vielfach in Deutschland jetzt breit macht, erscheinen läßt. So wirfst du freilich in Tübingen selten sprechen hören. Aber laß dich nicht irre machen durch das Gesechrei über eine Teilung Deutschlands und Ausstoßung Österreichs; wenn wir wirklich stark und einig werden wollen, müssen wir Preußen an die Spitze stellen, das ganz deutsch ist und wirklich in Deutschland aufgehen kann, während Österreich, ohne sich selbst zu sprengen, was jetzt auch für uns nicht gut wäre, nicht anders als auf eine für Deutschland höchst gefährliche, unseren Bundesstaat innerlich schwächende, ja unmöglich machende Weise sich enger als durch eine Union mit uns verbinden kann. Nicht von Preußen droht uns Gefahr — sie droht von Österreich in und außer der Versammlung. Denn Österreich will eine Großmacht bleiben, und zugleich über Deutschland herrschen, indem es Deutschland nicht selbständig und stark werden lassen will. So steht die Sache“.

Auch der $\triangle$ Korrespondent vertritt in einem Artikel vom 16. Januar diese Anficht:

„Was sind das doch für lächerliche und armselige Gründe, mit denen man das Volk bei uns gegen ein erbliches monarchisches Oberhaupt an der

Spitze Deutschlands einzunehmen sucht! Nun machen sie, heißt es, zu den 34 noch einen 35. Oberkönig, als ob an jenen nicht schon übrig genug wäre! Man kann es kaum glauben, daß diejenigen, welche einer preußischen Erbvorfstandschaft eine noch weitere Zersplitterung Deutschlands, eine Vermehrung der Monarchien entgegenhalten, wirklich thöricht genug sind, ernstlich an eine solche Gefahr zu denken, und doch muß man dies von ihnen voraussetzen, wenn man nicht noch einen schlimmeren Vorwurf gegen sie erheben will. Diese Gefahr liegt vielmehr so ferne, daß wenn jemand den entgegengesetzten Einwand erheben und sagen wollte, eine solche Erbmonarchie sei für das Fortbestehen der Einzelstaaten zu gefährlich und werde konsequent im Laufe der Zeit zu einer einheitlichen Monarchie führen müssen, eine ganz befriedigende Antwort hierauf weit schwerer sein würde. Wer in der That das Verschwinden von Kleinstaaten, denen alle Bedingungen staatlicher Existenz fehlen, wer jene großartige Mediatifizierung, von der zur unrechten Zeit so viel die Rede war, herbeiführen will, der soll nicht auf die Seite der roten Demokraten stehen, nicht einen Strohmann von republikanischem Präsidenten an die Spitze stellen (denn eine gegen das monarchische Prinzip an sich gerichtete Bewegung wird nicht den Kleinsten unter den Kleinen von seinem Fürsten- und Landgrafenthron herunterreißen), sondern er soll an die Spitze Deutschlands eine Gewalt berufen, die in sich selbst alle Bedingungen einer Gewalt vereinigt. Oder wer kann nach den vorliegenden Erfahrungen noch ferner daran denken, daß irgend ein „unbescholtener“ Deutscher, den die Wahl der Versammlung oder des Volks auf einige Jahre als Bundespräsident nach Frankfurt berufen würde, daß Herr Johann Adam v. Itzstein, daß selbst Deutschlands bester Mann im Stande wäre, gegenüber von den Staatsgewalten in Wien und Berlin aus einer papiernen Zentralgewalt eine wirkliche zu machen? Aber es giebt freilich Leute, für die es keine Geschichte und keine Erfahrungen giebt. — Ein anderer Grund gegen die Verbindung mit Preußen, der häufig vom Standpunkt der südwestlichen Länder aus geltend gemacht wird und auch viel Scheinbares hat, ist unsere Lage zwischen Frankreich und Österreich, durch welche Österreich unser natürlicher Beschützer und wir genötigt seien, mit dieser Macht und nicht mit Preußen in dem innigsten Bunde zu stehen. Allerdings ist Österreich unser Beschützer und kann — seine Stellung zum Bunde mag werden, welche sie will — nie zugeben, daß ein neuer Rheinbund unter französischem Protektorat an seiner Westgrenze entstehe; aber eben in dieser isolierten Lage zwischen Österreich und Frankreich lag auch bisher unsere ganze Schwäche, das Gefährliche unserer Stellung; eben das machte uns zum Kriegsschauplatz zwischen beiden Staaten; eben darum behandelte uns Österreich als ein Vorwerk seines Reiches, das man dem vorrückenden Feind im Notfall überläßt. Und welcher Art dieser Schutz Österreichs war, sieht man am deutlichsten daran, daß von deutschem Geld nicht eine deutsche, sondern eine österreichische Festung an der Ostgrenze unseres Staates gebaut wird. Allein gerade dann, wenn wir ein Glied eines starken norddeutschen Reiches würden, müßte ja diese isolierte preisgegebene Stellung ein Ende nehmen. Der Schutz von Österreich wäre uns in zweiter Linie durch die Natur der Dinge immer gesichert, und dazu käme in erster Linie ein Schutz vom nördlichen Deutschland, das gegen Frankreich eine ebenso starke Angriffsposition hat, wie dieses gegen das südwestliche Deutschland. Ein Krieg zwischen Frankreich und Österreich müßte demnach entweder bloß in Italien geführt werden, oder wäre derselbe zugleich ein Krieg gegen Norddeutschland und ebendadurch Frankreich genötigt, seine Hauptarmee und den Hauptschauplatz des Kriegs an den Mittelrhein zu verlegen und dort seine eigenen schwachen Seiten zu schützen. Der

Krieg am Oberrhein wäre eine Nebenpartie des Ganzen, und die süddeutschen Staaten sogar allein, ohne Hilfe Österreichs, die ja für den Notfall immer vorauszusetzen ist, im Stande, ihre Grenzen zu decken. Führt ferner Frankreich bloß Krieg gegen Deutschland und nicht gegen Österreich, so ist es derselbe Fall; denn dies Deutschland, wie wir es uns denken, könnte immer nur im Norden und nicht im Süden bezwungen werden, und das Gros einer französischen Armee müßte immer die Grenzen von Lothringen und Champagne decken. Aus denselben Gründen wird ferner gerade Österreich stärker dadurch, wenn die zwischen ihm und Frankreich gelegenen Länder nicht von ihm geschützt zu werden brauchen, sondern Glieder eines starken, befreundeten, einheitlichen Deutschlands sind. Seine Westgrenze ist dadurch ohne sein Zuthun geschützt und es kann um so leichter mit seiner Macht nach der Richtung wirken, von der es seinen Namen hat und in der seine geschichtliche Aufgabe liegt. Die Kriegsjahre von 1798 bis 1809 sind ein schlagender Beweis für die obigen Behauptungen, denn nur die Neutralität oder die Unterwerfung Norddeutschlands war es, was jedesmal den französischen Heeren den Weg durch Süddeutschland nach den österreichischen Erbländern möglich machte. Wenn diese Gründe richtig sind — und sie scheinen mir so natürlich, daß es auch dem Laien gestattet sein muß, sie geltend zu machen — so liegt darin ein sehr wichtiges Motiv für die Regierungen der südwestdeutschen Staaten im Interesse der Sicherheit ihrer Länder für künftige Kriegsfälle, die hier beabsichtigte Gestaltung der deutschen Verfassung zu fördern. — Gegen die obige Auseinandersetzung liegt eine Einwendung sehr nahe, als sei da immer nur von Österreich, Preußen, Württemberg, Baden u. s. w. aber nicht von einem einigen Deutschland die Rede, bei welchem alle jene Voraussetzungen und Möglichkeiten von selbst wegfielen. Das ist aber allerdings unsere Ansicht, daß wenn wir nicht neben Österreich ein starkes Deutschland unter preussischer Führung, sondern mit Österreich einen lockern Staatenbund machen — und ein anderer ist nicht möglich — für den Kriegsfall das Band auseinanderreißen, die natürliche Macht der Interessen in den Einzelstaaten überwiegen und gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge wie in der früheren Geschichte Deutschlands keine Bürgschaft vorliegen wird. Auch das muß ich noch hinzufügen, daß Norddeutschland durch die Verbindung mit den südwestlichen Staaten an Stärke wenig gewinnt, sondern der Vorteil mehr auf der Seite der letztern ist, daß ein Norddeutschland bis an die Mainlinie gegen Frankreich eine kleinere Grenze und eine stärkere Angriffsstellung hat. Die Dinge stehen aber in Wahrheit so, daß, wenn die Idee der zwei unierten Bundesstaaten Deutschland und Österreich nicht verwirklicht werden könnte, zwar ein deutscher Bund im alten Sinne des Worts möglich bliebe, in der That aber Deutschland in drei Teile gespalten würde, in ein norddeutsches Reich mit etwa 25 Millionen unter preussischer Hegemonie, in einen österreichischen Gesamtstaat und in die südwestlichen Staaten Bayern, Württemberg und Baden, deren politische Stellung notwendig eine schwankende, unsichere und haltlose würde und für deren Bewohner der Preis unserer Revolution, das Bewußtsein, einem großen nationalen Ganzen anzugehören, mehr verloren ginge, als für irgend ein anderes deutsches Land. In ganz Nord- und Mitteldeutschland ist die Sache bereits fertig, es fehlt nur noch an uns.“

Diese Artikel Rümelins wurden mit großer Aufmerksamkeit in Tübingen gelesen, und trugen durch ihre Darstellung der Frankfurter Verhältnisse dazu bei, die Ansichten der Gemäßigten auf bestimmtere Ziele zu lenken. Die durch die demokratischen Wühlereien zurückgedrängte Idee der preussischen Hegemonie lebte wieder auf, und der Gedanke des Erbkaifertums, den die Demokraten als Vater-

landsverrat brandmarkten, wurde von einer Anzahl besonnenen Männer mit Zuversicht als der richtige ausgesprochen. Eine von dem damaligen Studenten Julius Weizsäcker (jetzt Professor der Geschichte in Berlin) verfaßte und von vielen Studenten und Bürgern, auch den meisten Professoren und Mitgliedern des Gerichtshofs unterzeichnete Adresse an die Nationalversammlung sprach die Überzeugung aus, daß die erbliche Übertragung der deutschen Kaiserkrone an Preußen der einzige Weg sei, auf welchem Deutschland einig und stark werden könne. In der Nationalversammlung aber konnte diese Ansicht nicht die Majorität erlangen, und bei der wichtigen Abstimmung, welche am 23. Januar 1849 über das Reichsoberhaupt stattfand, wurde die Erblichkeit mit 263 Stimmen gegen 211 verworfen. Von den württembergischen Abgeordneten finden wir nur sechs unter der bejahenden Minorität, nämlich: Fallati, Mathy, Robert und Moriz Mohl, Rümelin und Wurm. Rümelin vertrat ihren Standpunkt in einer längeren Rede, welche auch in seiner Sammlung von Reden und Aufsätzen Bd. I. S. 177 und ff. abgedruckt ist.

Fallati war durch dieses Ergebnis sehr niedergeschlagen und schrieb mehrere Wochen nicht nach Hause. Doch am 12. März schrieb er an den Berichtstatter: „Endlich einmal wieder ein Lichtstrahl für Deutschland! Heute Morgen stellte in der Versammlung Welcker, bis jetzt die Seele der deutsch-österreichischen Partei, den Antrag, dem König von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen. Die Versammlung, ergriffen von der Wichtigkeit des Momentes, war aus ihrer Schläffheit und Zersplitterung wie aufgerissen, es war nicht möglich, etwas anderes ernstlich zu behandeln.“ Die Sache ging aber nicht so rasch, und erst am 30. März, nachdem die Kaiserwahl mit geringer Majorität vollzogen war, schrieb er wieder ausführlicher über die politische Lage: „Es waren harte drei Wochen, voll Arbeit und Erregung, Gottlob doch nicht ganz ohne Ergebnis. Wenigstens sind wir dahin gelangt, daß die Nationalversammlung eine Verfassung vollendet hat, deren Grundbestimmungen den Verhältnissen Deutschlands angemessen sind, und die, wenn sie verwirklicht würde, zu seiner Größe und Macht führen könnte; wenigstens hat diejenige Idee in der Versammlung gesiegt, die allein zu diesem Ziele führt, die der Erbmonarchie mit Preußen an der Spitze. Die Ehre der Versammlung ist noch gerettet worden, Deutschland ist noch vor der Schmach bewahrt geblieben, daß es als ganz unfähig sich erwiesen hätte, auf parlamentarischem Wege zu irgend einer verständigen und kräftigen Entschliebung über seine Gesamtangelegenheiten zu kommen. Großes Unheil ist abgewendet, das ein entgegengesetztes Ergebnis, der Zerfall der Versammlung in Haß und Uneinigkeit oder eine Verfassung, welche die alten lockeren Verhältnisse sanktioniert hätte, für Deutschland zur unausbleiblichen Folge gehabt haben würde. Auch etwas Positives ist gewonnen: ein norddeutscher Bundesstaat bis in den Südwesten Deutschlands sich erstreckend, wird höchst wahrscheinlich unter Preußens Leitung zu stande kommen, und kann ein Kern eines neuen deutschen Großstaates werden. Die Verfassung, wie sie ist, tritt schwerlich ins Leben. Die Kaiserwürde über ganz Deutschland auf Grund dieser Verfassung wird der König von Preußen nicht annehmen. — Wir sind wieder an einem großen Wendepunkt angekommen für Deutschlands Geschick; die Kaiserwahl, sagte leztthin jemand, ist das Ende des Anfangs, mehr nicht. — Daß wir 7 Stunden täglich in der lezten Zeit in der Paulskirche saßen und abstimmten, weißt Du; dazu kamen aber noch öfter zwei Parteiversammlungen im Weidenbusch und eine Ministerratsitzung — genug für je einen Tag.“ Bemerkenswert ist, was er am Schluß seines Briefes sagt: „Das Ministerium ist in der sonderbarsten Lage. Der Erzherzog ist von einer Kamarilla umgeben, die ihn abzutreten treibt, damit nur ja nichts zustande komme

und neue Verwirrung entstehe, in welcher sie im Trüben fischen könne.“ Der Reichsverweser war freilich weit entfernt, zum Behuf der Realisierung eines preussischen Erbkaufertums auf dem Platze bleiben zu wollen. Er hatte nie gewollt, daß es zu diesem Ziele komme, die Aufgabe, die er sich gesetzt hatte, war, ein Hüter der habsburgischen Interessen zu sein und zu verhindern, daß Deutschland von Österreich sich emanzipiere. Fallati berichtet nichts von der Zeit der Spannung während der Reise der Kaiserdeputation, von dem Bescheid, den sie erhielt, und von der Ernüchterung und der Verlegenheit nach ihrer Rückkehr. Auch der $\triangle$ -Korrespondent ist unmittelbar nach der Kaiserwahl schweigsam; er selbst war ein Mitglied der Deputation nach Berlin, die Friedrich Wilhelm IV. die Krone überbringen sollte. Nach seiner Rückkehr aber berichtet er unumwunden und ist nicht im Zweifel, wie er den Sinn der königlichen Erklärung zu deuten habe. Er schreibt am 9. April: „Die Deputation ist von Berlin zurückgekehrt mit einer Antwort, die unter allen überhaupt möglichen Antworten weitaus die schlimmste ist. Der König will die Krone nicht aus der Hand einer Versammlung, die einer Revolution ihren Ursprung dankt, deren Ansprüche nur auf einem Akt der Revolution beruhen, er will sie von den gekrönten Häuption, nicht von der Nation empfangen. Was er selbst noch von seiner Persönlichkeit zu den offiziellen Worten hinzufügte, durch den Ton, mit dem er das Aktenstück las, durch die Äußerung gegen einzelne Abgeordnete, zeigte er seinerseits die Absicht, es fühlen zu lassen, daß es eine Anmaßung sei, wenn eine Versammlung von Abgeordneten eine Krone schaffen und geben wolle. Durch die schroffste Aufstellung des Vereinbarungsprinzips in einer Weise, wie es bisher noch von keiner Seite, namentlich von der preussischen Regierung nicht aufgefaßt worden war, würde die ganze Verfassung zu einer Vorarbeit, zu einem Entwurf für einen Kongreß der Regierungen herabfinken.“

Über die Ausichten für die nächste Zukunft belehrt uns ein Brief Fallati's vom 18. April. Seine Mutter ging damit um, ihn in Frankfurt zu besuchen, zweifelte aber, ob dies sich verlohnen werde, da die Versammlung nun bald werde nach Hause gehen können. Darauf erwidert er: „So schnell wie Du denkst wird die Versammlung nicht geschlossen werden können. Dies könnte nur durch eine gewaltfame Auflösung derselben geschehen, welche, wie die Sachen jetzt stehen, dann zu befürchten wäre, wenn die Linke so die Oberhand bekäme, daß die Versammlung von ihrer ruhigsten Haltung, welche sie seit Vollendung der Verfassung angenommen, zu Beschlüssen sich hinreißen ließe, welche sie zum Konvent machen, das heißt, die ausübende Gewalt, welche man eben jetzt nach einjährigem Revolutionszustande durch die Verfassung in die Hand einer definitiven Reichsregierung zu bringen glaubte, wiederum provisorisch der Nationalversammlung in die Hand geben würden, so daß diese, selbst mehr als vor der Zeit der Gründung der Zentralgewalt, allein in Deutschland herrschte, weil in jener ihrer ersten Zeit der Bundestag der Fürsten, obwohl ohnmächtig, noch neben ihr existierte. Dies hieße die Revolution wieder von vorn anfangen und würde, da man dies im größten Teile Deutschlands gewiß nicht will, nur der Reaktion und Militärherrschaft zum Siege für jetzt verhelfen, wobei Preußen und Bayern vorangehen würden, indem sie zunächst ihre Abgeordneten aus der Paulskirche abriefen. Die Rückkehr des alten Bundestags, einseitige Versuche Preußens sich zu vergrößern, Verwirrung in Mittel- und Süddeutschland würden die ungeliebte Folge solcher Überstürzungen der Nationalversammlung sein, welche die Auflösung der Versammlung in der angedeuteten Weise nach sich zögen. Eine zweite Revolution würde zwar nicht ausbleiben — aber die dann kommen würde, an der will die gemäßigte Partei keine Schuld haben, und ihr will sie die Zukunft Deutsch-

lands nicht anheimgeben, so lange sie nicht muß. Gottlob ist auch Hoffnung vorhanden, daß die Versammlung besonnen bleiben wird. Der Ausschuß der 30 hat einen gemäßigten Antrag angenommen, welcher den noch fehlenden Regierungen Zeit läßt, sich zu befinnen und die Verfassung anzunehmen, sowie dem deutschen Volke Zeit gewährt, sich auf die Seite seiner Vertreter zu stellen. — Ich habe also Hoffnung, daß man die große Flut des Volkswillens, der sich überall für die Verfassung ausspricht, ruhig wird anschwellen lassen, bis das Wasser den verblendeten Fürsten, die noch übrig sind, und am Ende auch dem von Superklugheit wirr und irr gewordenen, ratlosen Berlin an den Hals geht, und sie nötigt, nach dem Rettungs- tau der Verfassung zu greifen. Wie lange das dauern kann, weiß kein Mensch. Ich will aber einmal annehmen, heute über 14 Tage, Ende April sei die Anerkennung der Verfassung und die Annahme der Kaiserwürde entschieden. Dann wären die neuen Wahlen auszuschreiben u. s. w., so daß sich mit Bestimmtheit berechnen läßt, daß vor dem 1. Juli der neue Reichstag nicht zusammen treten kann. Bis dahin aber müssen wir hier bleiben. — Ehe hier ein Abschluß erzielt ist, habe ich nicht im Sinn zu kommen; ich habe keine Luft, mich zu Hause um des Kaisers Bart herum- zutreten. Überdies kann ich nicht wohl weg, so lange die Sachen stehen wie jetzt, — als Abgeordneter und als Mitglied des Ministeriums ist hier jetzt mein Platz.“ Die Hoffnungen Fallati's erfüllten sich bekanntlich nicht; infolge der widerspruchsvollen Politik und der Ablehnung Friedrich Wilhelms IV. trat die Überstürzung der Nationalversammlung und die daraus folgende Verwirrung zwar ein, aber zu dem Greifen nach dem Anker der Reichsverfassung, auf das er hoffte, entschlossen sich weder der König von Preußen noch die Könige der Mittelstaaten. So kam es zu den Aufständen in Baden, der Pfalz und Sachsen.

Drei Wochen später, nachdem bereits viele Mitglieder der Nationalversammlung, an der Verwirklichung der beschlossenen Reichsverfassung verzweifelnd, das sinkende Schiff verlassen hatten, und dadurch die Linke mehr und mehr die Oberhand gewann, schreibt Fallati am 7. Mai: „Wir stehen in einem entscheidenden Momente, in einem sehr bedenklichen für die ganze Sache der Einheit und Freiheit in Deutschland, für die gemäßigte Partei überhaupt, für die Zentralgewalt ganz besonders. Es ist der Augenblick gekommen, wie er im Fortgang von Revolutionen zu kommen pflegt, wo die Mittelpartei zwischen den Extremen, die um die Herrschaft kämpfen, sich nicht mehr halten kann, wo ihre Aufgabe ist, ihren Standpunkt so lange als möglich zu bewahren, und, wenn die Ereignisse dies unmöglich machen, entweder in die Opposition gegen das siegende Element zu treten, oder aus dem Kampfe sich zurückzuziehen. Wir in der Zentralgewalt haben noch besonders die Pflicht, so lange es geht auf dem Posten zu bleiben, da die Zentralgewalt das einzige allgemein anerkannte, wenn auch in seiner Wirksamkeit bloß auf moralische Mittel angewiesene Band von ganz Deutschland ist. Hier in der Zentralgewalt ist aber die Schwierigkeit sich zu halten noch größer als für die gemäßigte Partei in der Nationalversammlung, weil das Ministerium nur besteht, so lange der Erzherzog Reichsverweiser bleibt, und dieser mit dem Ministerium nicht so weit gehen will, als das Ministerium ohne den Reichsverweiser sonst, gestützt auf die gemäßigte Partei, gehen könnte. Wir stehen mitten zwischen einer großen Aufregung, welche durch Süddeutschland geht, und der lauen Ruhe von Preußen. Es wird nicht möglich sein, den Süden zu zügeln, um den Norden nachkommen zu lassen, und dies wird in kurzer Zeit, kann jeden Tag die gemäßigte Partei der Nationalversammlung in die Minderheit werfen, das Ministerium und die Zentralgewalt stürzen.“ Dieser Augenblick trat wenige Tage nachher ein. Ein von dem Ministerium dem Reichs-

verweiser vorgelegtes Programm wurde abgelehnt, und am 10. Mai erhielt das Ministerium die erbetene Entlassung. Die ganze preußisch gefinnte Partei trat bald darauf aus der Nationalversammlung aus; am 24. Mai zeigte auch Fallati seinen Austritt an, nachdem er am 21. noch einen Versuch gemacht hatte, die Versammlung zur Vertagung zu bestimmen, die aber statt dessen beschloß, die beschlußfähige Stimmenzahl auf 100 herabzusetzen. Er schreibt darüber an demselben Tage: „Seit dem Malmöer Waffenstillstand hat mir keine Frage innerlich so zu schaffen gemacht wie die Austrittsfrage; mit sehr vielen habe ich das Schicksal geteilt, lange zu schwanken zwischen Bleiben und Gehen; zu Letzterem konnte ich mich auch da noch nicht entschließen, als Gagern, Dahlmann und so viele andere treffliche Männer am letzten Sonntag diesen Schritt thaten. Ich habe noch einmal am Montag alles gethan, was ich konnte, um das Bleiben noch möglich zu machen, nachdem ich lange vorher mich bemüht hatte, der im Lager eingerissenen Demoralisation entgegen zu arbeiten. Aber endlich habe ich doch auch der Mehrzahl meiner Freunde nachgegeben, da ich mir nicht verhehlen konnte, daß in der Versammlung, wie sie jetzt ist, nicht nur nichts von mir zu wirken sein werde, sondern selbst von dieser Versammlung nur Nachteiliges für die deutsche Sache zu erwarten ist. Von württembergischen Abgeordneten sind Rümelin und Wurm mitgegangen, Mathy schon mit Gagern und Dahlmann. Übrigens verzweifle ich weder für Deutschland, noch für mich und meine Freunde. Es wird eine Zeit kommen, wo wir auch in Süddeutschland wieder anerkannt sein werden; in Norddeutschland verargt man umgekehrt den Deputierten vielfach das allzu lange Verbleiben in einer Versammlung, die dort als jakobinisch schon seit einiger Zeit betrachtet wird. Freilich muß bis zu jenem Umschwung des Sinnes im Süden wohl einige Zeit vergehen. Es wird eine Zeit kommen, wo die jetzt zertretene Saat aufgeht, die wir gestreut haben, aber soviel ist allerdings gewiß, daß dieser neue Morgen nicht aus Süddeutschlands bodenlos zerrütteten Verhältnissen und unfählich korumpierter politischer Gesinnung, sondern vom Norden Deutschlands ausgehen wird. Daß ich bei den vorliegenden Verhältnissen keine Luft habe nach Tübingen zurückzukehren, kannst du dir denken.“

Als Ausdruck von Fallati's Stimmung schalten wir ein Gedicht ein, das er am 22. Mai einer befreundeten Dame in ihr Album schrieb:

„Jetzt ein Jahr ist's, als umjubelt, unter Fahnen, Blumenbogen,
Unser Ideal im Herzen, wir in diese Mauern zogen,
Aus dem kernigedeln Marmor unfres Volks in allen Gauen
Eines freigeceinten Deutschlands herrliche Gestalt zu hauen.
Aber kaum, nach langen Monden, ist des Werks Modell vollendet,
Und schon wird vor unsern Augen es zertrümmert und geschändet,
Von dem Sockel fehn wir's werfen kronetragende Barbaren
Und durch Koth und Blut es schleifen sinnbethörte Meuterfcharen.
Aus der Werkstatt fortgezogen sind die Meister, von den Schuhen
Haben sie den Staub geschüttelt; bald wird jede Hand dort ruhen.
Aber in des Volkes Sehnfucht wird es unvergessen leben,
Jenes Bild des freien Deutschlands, das wir ihm zu schau'n gegeben;
Andre mag ans Werk man rufen, Arm und Bein dann anders wenden,
Aber fertig wird's erstehen aus des deutschen Volkes Händen.“

Nach dem vollzogenen Austritt reiste Fallati den Rhein hinab, da und dort verweilend und Bekannte besuchend, nach Bremen, wo er seinen früheren Chef Duckwitz aufsuchte. Mitte Juni war er wieder in Frankfurt, um vom 15.—24. an den Vorberatungen für die Versammlung in Gotha teilzunehmen, die er mit vielen Frankfurter Parteigenossen und Freunden mitmachte, während soeben am 18. Juni

in Stuttgart die Auflösung des Rumpfparlaments vor sich gegangen war. Fallati war ganz einverstanden mit dieser Rettungsthat der württembergischen Regierung. Er hatte ja vorausgesehen, daß die massenhaften Austritte der Centrumsmitglieder eine Majorität der Linken zur Folge haben und die schließliche Auflösung der Versammlung notwendig machen würden. Und eine politische Notwendigkeit war dieser Akt. Römer, der so lange Nachsicht mit den revolutionären Tendenzen der demokratischen Partei gehabt hatte, machte jetzt das Veräumte gut, er sah ein, daß durch kräftiges Einschreiten die staatliche Autorität wiederhergestellt und dem Spielen mit revolutionären Verfuchen ein Ende gemacht werden müsse. Von Gotha aus begab sich Fallati nach Weimar, wohin er von der Familie Froviep eingeladen war, bei welcher er einige ruhige Wochen zubrachte und sich erholte. Hierauf ging er nach Hamburg und in das Seebad nach Helgoland. Erst im Herbst kehrte er nach Tübingen zurück und begann nach den Ferien seine Vorlesungen wieder. Seine alten Tübinger Freunde konnten wohl bemerken, wie sehr der Schmerz getäuschter Hoffnung ihn im Innersten ergriffen und seinen Lebensmut gebrochen hatte. Er war mit der ganzen Kraft seines Geistes und seines sittlichen Pflichtgefühls auf die nationalen Bestrebungen eingegangen, und es war ihm daher ein tiefer Schmerz, alle diese Hoffnungen unerfüllt und ihre Erfüllung auf unbestimmte Zeit vertagt zu sehen. Auch persönlich war ihm die politische Thätigkeit mehr zusagend und seiner Begabung entsprechender, als die lehrende und gelehrte Beschäftigung. Er fand übrigens bald auch in Tübingen eine befriedigende Wirksamkeit, indem ihm im Sommer 1850 die damals erledigte Stelle eines Vorstands der Universitätsbibliothek neben seiner Professur übertragen wurde. Diesem Beruf, für welchen er eine ausgezeichnete Befähigung besaß, widmete er sich mit großem Eifer und Geschick. Aber schon nach fünf Jahren starb er auf einer Ferienreise im Haag den 5. Oktober 1855.

Für seine Freunde bleibt es ein schmerzlicher Gedanke, daß Fallati nur noch die traurigsten Jahre der Reaktion erlebte, in die auch kein Schimmer der Hoffnung fiel, daß im folgenden Jahrzehnt die nationalen Bestrebungen wieder aufgenommen und durch einen großen Staatsmann, im Bunde mit einem thatkräftigen König, endlich verwirklicht werden konnten. Dennoch hat ihn seine Hoffnung nicht betrogen. Die vielen Verhandlungen der Nationalversammlung über die Bedingungen der Zentralgewalt und ihr Verhältnis zu den Einzelstaaten, über die Notwendigkeit der Ausscheidung Österreichs aus Deutschland und über die Gründe, warum nur Preußen die Grundlage des nationalen deutschen Staates bilden könne, sind nicht vergeblich gewesen. Alles was damals mit unermüdetem Fleiß und deutscher Gründlichkeit theoretisch festgestellt worden, fand bei dem Aufbau des neuen Reiches seine Verwendung. Nicht daß man die Protokolle nachgeschlagen und auf's neue die Fragen von damals durchstudiert hätte, sondern die Ergebnisse waren dem deutschen Volk in seinen hervorragenden Gliedern in Fleisch und Blut übergegangen. Hätte Fallati das erlebt, so würde er sich von Herzen gefreut haben, wenn auch manches anders gekommen ist, als man damals erwarten konnte.